



Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

Ministerin

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Thomas Rother, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

nachrichtlich:

Herrn
Präsidenten
des Landesrechnungshofes
Schleswig-Holstein
Dr. Aloys Altmann
Hopfenstr. 30
24103 Kiel

Kiel, 30. November 2012

**Antworten der Landesregierung zu den Fragen der Piraten-Fraktion zum
Haushaltsentwurf 2013 - Teil 2 -**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anliegend übersende ich Ihnen den zweiten Teil der Antworten der Landesregierung
zu den durch die Piraten-Fraktion gestellten Fragen zum Haushaltsentwurf 2013.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Monika Heinold

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	06
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	51802
Zweckbestimmung:	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte

Ansatz Ist 2011:	67.300 EUR
Ansatz Soll 2012:	67.600 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	85.900 EUR

Frage/Sachverhalt:

Woher kommen die Mehrausgaben?

Wie viele zusätzliche Kopiergeräte sollen gemietet werden?

Antwort Landesregierung:

Der Mietvertrag mit der Vertragsfirma ist im Laufe des Jahres 2012 umgestellt worden, so dass künftig die Kosten für den Farbtoner mit einbezogen sind. Die Ansätze der Titel 0601.00.511 01 und 514 01 wurden entsprechend gekürzt. Zusätzliche Geräte werden nicht angemietet.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	06
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	52605
Zweckbestimmung:	Arbeitsmedizinische Betreuung und ärztliche Untersuchungen

Ansatz Ist 2011:	4.000 EUR
Ansatz Soll 2012:	8.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	17.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Woher kommt der Anstieg um 112,5%?

Antwort Landesregierung:

<p>Mit der ab 01.10.2011 gültigen neuen Unfallverhütungsvorschrift "Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit - DGUV Vorschrift 2" wurde zusätzlich zur bisherigen Grundbetreuung eine betriebsspezifische Betreuung eingeführt. Neben diesen neuen Anforderungen (Mindestanteile der Einsatzzeiten für den Betriebsarzt und für die Fachkraft für Arbeitssicherheit) führt auch die Neuausrichtung der betrieblichen Gesundheitsfürsorge im MWAVT zu diesem Anstieg.</p>
--

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	06
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	52699
Zweckbestimmung:	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.

Ansatz Ist 2011:	540.300 EUR
Ansatz Soll 2012:	182.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	280.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Mit welcher Anzahl von ressortspezifischen Gutachten, die nicht durch Fachprogramme finanziert werden können, wird hier kalkuliert und welche sind es konkret?

Antwort Landesregierung:

Die Erhöhung des Ansatzes hängt insbesondere mit der beabsichtigten Begutachtung zu den Fernverbindungen (Straße und Schiene) in Schleswig-Holstein zusammen.

Darüber hinaus werden Gutachten für eine umfassende Darstellung der freien Berufe sowie ein Bericht zur Kultur- und Kreativwirtschaft in Schleswig-Holstein angestrebt.

Die Freien Berufe haben aufgrund ihrer Besonderheiten und Vielfalt keine eigene Klassifizierung in der Wirtschaftsstatistik, so dass kaum belastbare Informationen vorliegen. Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist eine Wachstumsbranche, durch die Arbeitsplätze geschaffen werden.

Allein für diese Maßnahmen wird mit einem Bedarf von Mitteln i.H.v. ca. 100 T€ gerechnet.

Weitere konkrete Maßnahmen wie z.B. Rechtsgutachten oder andere Sachverständigenleistungen können noch nicht benannt werden.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	06
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	53403
Zweckbestimmung:	Sächliche Verwaltungsausgaben für die Durchführung von Veranstaltungen

Ansatz Ist 2011:	60.200 EUR
Ansatz Soll 2012:	60.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	200.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Welche zusätzlichen Veranstaltungen sind geplant, die diesen Anstieg rechtfertigen?

Wie hoch ist die Vorsorge für Einzelprojekte, über die wegen der erforderlichen Aktualität erst nach Verabschiedung des Haushalts entschieden wird?

Antwort Landesregierung:

Die Erhöhung des Ansatzes erfolgt insbesondere aufgrund der Durchführung der Verkehrsministerkonferenz, für die Schleswig-Holstein Vorsitzland ist.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	06
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	63301
Zweckbestimmung:	Erstattung von Verwaltungskosten aufgrund des Bundesleistungsgesetzes

Ansatz Ist 2011:	0 EUR
Ansatz Soll 2012:	35.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	0 EUR

Frage/Sachverhalt:

Sind keine Verwaltungskosten mehr zu erstatten? Welche Zuständigkeiten wurden aufgekündigt?

Antwort Landesregierung:

Im Rahmen der Vorbereitung für eine materielle Bedarfsdeckung an Kraftfahrzeugen und Anhängern etc. in Notfällen erhielten die Kreise und kreisfreien Städte nach § 6 Abs. 2 des Bundesleistungsgesetzes vom Land Schleswig-Holstein eine Verwaltungskostenerstattung außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs aus Landesmitteln.

Der Verwaltungsaufwand für die Kreise/kreisfreien Städte für die Bestandserfassung ist seit Einführung der Verwaltungskostenerstattung deutlich zurückgegangen - zum einen wegen der Reduzierung des Umfangs der Bestandserfassung und zum anderen aufgrund der neuen technischen Gegebenheiten. Aus diesem Grund wurde beschlossen, die Verwaltungskostenerstattung gänzlich einzustellen. Die Kreise/kreisfreien Städte wurden hierüber informiert.

Da die Kreise und kreisfreien Städte auf diese Ankündigung zur Einstellung der Erstattung der Verwaltungskosten nicht reagierten und in den letzten Jahren bereits keine Anforderung von Verwaltungskostenerstattungen mehr erfolgt ist, wurden die Mittel für den Haushalt 2013 auf Null gesetzt.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	06
Seite:	
Kapitel:	12
Titel:	53401
Zweckbestimmung:	Veranstaltungen

Ansatz Ist 2011:	11.200 EUR
Ansatz Soll 2012:	30.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	0 EUR

Frage/Sachverhalt:

Welche Art von Veranstaltungen wurden bisher gefördert und werden nun nicht mehr fortgesetzt?

Antwort Landesregierung:

Eine Förderung von Veranstaltungen wird aus diesem Titel nicht vorgenommen. Im Haushaltsjahr 2011 wurden vier Veranstaltungen der „Roadshow Fachkräfte“ im Rahmen der Mittelstandsoffensive finanziert. In 2012 waren keine konkreten Veranstaltungen vorgesehen. Auch für 2013 sind noch keine konkreten Veranstaltungen zur Stärkung des Mittelstandes vorgesehen. Soweit sich ein Bedarf ergibt, kann i.R. der Deckungsfähigkeit auf den Titel 0612.04.547 06 zurückgegriffen werden.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	06
Seite:	
Kapitel:	12
Titel:	54601
Zweckbestimmung:	Standortmarketing

Ansatz Ist 2011:	1.200 EUR
Ansatz Soll 2012:	0 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	500.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wie setzen sich diese Kosten zusammen?
Bitte geben Sie eine genaue Aufschlüsselung.

Antwort Landesregierung:

Das Wirtschaftsministerium hält einen Neustart des Marketing für dringend geboten.

Im Wettbewerb der Bundesländer um Fachkräfte, Investoren und Einwohnern kommt dem Standortmarketing verbunden mit einer Imagewerbung eine wachsende Bedeutung zu, um einen konsistenten und identitätsstiftenden Auftritt des Landes Schleswig-Holstein zu ermöglichen.

Konkrete Maßnahmen sollen im Rahmen eines Gesamtkonzeptes Marketing in 2013 neu entwickelt werden.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	06
Seite:	
Kapitel:	12
Titel:	68201
Zweckbestimmung:	An die Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH

Ansatz Ist 2011:	2.356.200 EUR
Ansatz Soll 2012:	2.475.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	2.475.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

In welcher Höhe hat die WTSH 2012 eine betriebliche Förderung von Großunternehmen vorgenommen und in welcher Höhe ist dies für 2013 geplant?

Welche Einsparung könnte gegenüber dem Haushaltsentwurf 2013 erzielt werden, wenn die betriebliche Förderung von Großunternehmen im rechtlich zulässigen Umfang eingestellt würde?

Antwort Landesregierung:

Nach Titel und Zweckbestimmung dienen die hier veranschlagten Haushaltsmittel nur der institutionellen Förderung der WTSH und damit zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Institution.

Die betriebliche Innovationsförderung erfolgt ausschließlich aus Mitteln des EFRE (0612 MG 17).

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	06
Seite:	
Kapitel:	12
Titel:	68201
Zweckbestimmung:	An die Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH

Ansatz Ist 2011:	2.356.200 EUR
Ansatz Soll 2012:	2.475.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	2.475.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

In welcher Höhe hat die WTSH 2012 eine Förderung von "Innovationsassistenten" vorgenommen und in welcher Höhe ist dies für 2013 geplant?

Welche Einsparung könnte gegenüber dem Haushaltsentwurf 2013 erzielt werden, wenn die Förderung von "Innovationsassistenten" im rechtlich zulässigen Umfang eingestellt würde?

Antwort Landesregierung:

Nach Titel und Zweckbestimmung dienen die hier veranschlagten Haushaltsmittel nur der institutionellen Förderung der WTSH und damit zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Institution.

Die Förderung von „Innovationsassistenten“ erfolgt ausschließlich aus Mitteln des EFRE (0612 MG 17).

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	06
Seite:	
Kapitel:	12
Titel:	68301
Zweckbestimmung:	Förderung der Erschließung von Märkten für den Export

Ansatz Ist 2011:	99.300 EUR
Ansatz Soll 2012:	100.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	100.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Lässt sich dieser Punkt unter der Thematik ? Exportsubventionen? zusammenfassen?
 Geht die Struktur der "Förderung" über das Modell der "Infant-Industry" hinaus?

Antwort Landesregierung:

Gem. der Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen an mittelständische Unternehmen zur Förderung der Markterschließung im Ausland (Außenwirtschaftsförderungsrichtlinie – AWR), die im AmtsBl. Schleswig-Holstein 2010, Ausgabe Nr. 1, 3. Januar 2011, veröffentlicht ist, dienen die veranschlagten Haushaltsmittel ausschließlich für Beteiligungen von KMU an Firmengemeinschaftsbüros im außereuropäischen Ausland, die der Erkundung eines vorhandenen außenwirtschaftlichen Potenzials dienen.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	06
Seite:	
Kapitel:	12
Titel:	68517
Zweckbestimmung:	An öffentliche Einrichtungen für nicht investive Maßnahmen

Ansatz Ist 2011:	18.802.000 EUR
Ansatz Soll 2012:	590.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	1.087.300 EUR

Frage/Sachverhalt:

Für welche Art von Maßnahmen stehen diese Ausgaben bereit?

Antwort Landesregierung:

Diese Ausgaben sind für folgende bewilligte Innovationsvorhaben bzw. Clustermanagementvorhaben im Rahmen des Zukunftsprogramm Wirtschaft vorgesehen:

"LSN Cell - Netzwerk industrielle Zelltechnologie in Life Sciene Nord"

"Einrichtung einer Fraunhofer Projektgruppe für "Medizinische Bildverarbeitung" (SAFIR)

"Windcomm³-Netzwerkagentur Wind/Offshore-Clustermanagement Windenergie für SH"

"Verlängerung Außenwirtschaftsberatungsstelle im Handwerk"

"Erweiterung der Kompetenzen der Fraunhofer-Einrichtung für Marine Biotechnologie im Bereich der zellulären und aquatischen Biotechnologie als Grundlage für den Aufbau eines Instituts der Fraunhofer-Gesellschaft"

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	06
Seite:	
Kapitel:	12
Titel:	87103
Zweckbestimmung:	Inanspruchnahmen aus Gewährleistungszusagen im Rahmen von Existenzgründungsprogrammen

Ansatz Ist 2011:	104.500 EUR
Ansatz Soll 2012:	257.700 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	208.400 EUR

Frage/Sachverhalt:

Beruht der Rückgang des Soll-Wertes lediglich auf Arbeitsmarktprognosen, oder wie kommt dieser zustande?

Antwort Landesregierung:

Der Rückgang beruht nicht auf Arbeitsmarktprognosen.

Bei diesem Programm handelt es sich um Mittel für Ausfallgarantien des Landes (Ausfalltitel) und nicht um ein Zuschussprogramm.

Die in den Haushalt eingestellten Mittel sind im Rahmen einer Gesamtkalkulation auf der Basis von Ausfallwahrscheinlichkeitsberechnungen vorgenommen worden.

Als Ausfallquote werden 35% einer Jahrest tranche des tatsächlichen Obligos der Investitionsbank Schleswig-Holstein unterstellt.

Ein Mittelabfluss erfolgt nur, wenn ein im Rahmen des Programms gefördertes Unternehmen in die Insolvenz gegangen ist und das Land seinen vertraglich garantierten Zahlungsverpflichtungen nachkommen muss.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	06
Seite:	
Kapitel:	12
Titel:	87104
Zweckbestimmung:	Inanspruchnahme aus Gewährleistungszusagen im Rahmen des Beteiligungssofortprogramms für Arbeitsplätze

Ansatz Ist 2011:	346.000 EUR
Ansatz Soll 2012:	108.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	75.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Beruhet der Rückgang des Soll-Wertes lediglich auf Arbeitsmarktprognosen, oder wie kommt dieser zustande?

Antwort Landesregierung:

Der Rückgang beruht nicht auf Arbeitsmarktprognosen.

Das in 2004 gestartete "Beteiligungssofortprogramm für Arbeitsplätze" (BSP) ist nach 5-jähriger Laufzeit zum 31. Dezember 2008 ausgelaufen. Ziel dieses Programms war die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen sowie die Verbesserung der Eigenkapitalsituation bei kleinen und mittleren Unternehmen. Beim BSP handelte es sich nicht um ein Zuschussprogramm.

Das Programm sah vor, dass max. 80% des jährlichen bewilligten Beteiligungsvolumens (ab 2005 =7,5 Mio€) von der Bürgschaftsbank garantiert werden (= 6 Mio€). Für diesen Garantiebetrug hatte sich das Land verpflichtet 35% der Ausfälle, max. bis zu 2,1 Mio€ p.a. (35% von 6 Mio€) pro Programmjahr zu übernehmen.

Zum 31.12.2008 wurde von der Bürgschaftsbank ein Beteiligungsvolumen von rd. 15,9 Mio€ garantiert. Die hierauf entfallende Garantieleistung des Landes beläuft sich bei 35% in der Summe auf 5,6 Mio€.

Das Land hat zum 30.06.2012 in 43 Fällen den garantierten Gesamtbetrag von 5,6 Mio€ nahezu vollständig geleistet.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	06
Seite:	
Kapitel:	12
Titel:	87105
Zweckbestimmung:	Beteiligungsfonds für Seed- und Start-up Finanzierungen

Ansatz Ist 2011:	286.500 EUR
Ansatz Soll 2012:	569.600 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	550.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Beruht der Rückgang des Soll-Wertes lediglich auf Arbeitsmarktprognosen, oder wie kommt dieser zustande?

Antwort Landesregierung:

Der Rückgang beruht nicht auf Arbeitsmarktprognosen.

Der im April 2006 gestartete Seed- und Start-up-Fonds Schleswig-Holstein (SSF SH) wurde mit einem Volumen von 20 Mio€ aufgelegt und ist Ende 2010 ausgelaufen. Das Land und die Förderinstitute hatten diesen Fonds in einer gemeinsamen Risikopartnerschaft errichtet.

Der Fonds hatte das Förderziel, Ausgründungen aus Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen mit forschungs- und wissenschaftsbasierten Aktivitäten sowie die Neugründung und das Wachstum innovativer kleiner und mittlerer Unternehmen durch stille und offene Beteiligungen finanziell zu begleiten. Bei dem Fonds handelt es sich nicht um ein Zuschussprogramm. Der finanzielle Beitrag des Landes erfolgt in Form von Ausfallgarantien.

Auf der Grundlage einer von der IB erstellten Kalkulation würde bei voller Ausfinanzierung des Fonds die Ausfallgarantie des Landes in der Summe max. 7.125 T€ betragen. Die in vorgenannter Höhe zu Grunde gelegten Ausfallzahlungen erstrecken sich auf Grund der 10-jährigen Laufzeit der Beteiligungen sowie der Möglichkeit einer einmaligen Laufzeitverlängerung um bis zu fünf Jahre bis zum Jahr 2026.

Hierfür hat das Land Gewährleistungserklärungen gegenüber der Investitionsbank (IB) abgegeben.

Auf das insgesamt tatsächlich herausgelegte Beteiligungsvolumen von rd. 8,3 Mio€ übernimmt das Land ein Obligo von bis zu 4,3 Mio€.

Das Land hat bisher Ausfallzahlungen in Höhe von rd. 1,5 Mio€ geleistet.

Als Nachfolgeprogramm wurde der EFRE-Seed- und Start-up-Fonds Schleswig-Holstein (EFRE SSF SH) aufgelegt. Der Fonds ist im Dezember 2011 gestartet und mit einem Fondsvolumen von 6 Mio€ ausgestattet. Der Fonds soll bis Ende 2014 ausfinanziert sein.

Mit dem EFRE-SSF SH verfolgt die Landesregierung das Ziel, durch die Gewährung von Beteiligungskapital die Möglichkeiten für Ausgründungen aus Hochschulen, Forschungseinrichtungen und forschungs- und wissenschaftsbasierten Unternehmen sowie für die Gründung junger chancenreicher innovativer Unternehmen zu verbessern.

Das Fondsvolumen wird von verschiedenen Institutionen getragen und setzt sich zusammen aus EFRE-Mitteln (50%), Landesmitteln (12,5%), IB-Mitteln (12,5%) und einer Landesgarantie (12,5%) gegenüber der IB (über Kapitalmarkt finanziert) sowie Mitteln eines privaten Investors (12,5%; bislang nur die MBG).

Im Rahmen dieser Mittelaufteilung hat das Land gegenüber der IB eine anteilige Ausfallgarantie in Höhe von insgesamt 975 T€ übernommen. Diese Garantie erstreckt sich aufgrund der 10-jährigen Laufzeit der Beteiligungen zuzüglich der Option einer einmaligen Verlängerung der Beteiligungen um 5 Jahre bis zum Jahr 2028.

Die Ausfallgarantie des Landes umfasst einen 12,5%igen Ausfallanteil bezogen auf die jeweils herausgelegte Fondsbeteiligung. Darüber hinaus erstattet das Land der IB entstehende Refinanzierungskosten, die aufgrund einer Vorgabe der Europäischen Kommission nicht durch Beteiligungserträge gedeckt werden dürfen.

Seit dem Start des Fonds musste das Land noch keine anteiligen Zahlungen für ausgefallene Fondsbeteiligungen leisten.

Für nicht durch Beteiligungserträge gedeckte Refinanzierungskosten hat das Land bisher einen Betrag von 1.238 Euro erstattet.

Der für den Haushalt 2013 eingestellte Ansatz ist der für beide Fonds in der Summe kalkulierte Ausfallbetrag.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	06
Seite:	
Kapitel:	12
Titel:	89101
Zweckbestimmung:	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen für Infrastrukturmaßnahmen

Ansatz Ist 2011:	3.385.600 EUR
Ansatz Soll 2012:	0 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	1.500.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Welche Verpflichtungen ergeben eine Zahlungsstruktur von 3.385,6 T α (Ist 2011), 0 (Soll 2012) und 1.500 T α (2013)?

Antwort Landesregierung:

Der 2011 aufgewendete Förderbetrag diente zur Einlösung von VE-Beträgen für folgende Projekte:

Fähranleger Hafen Dagebüll = 1.031.127,61 Euro

Bau des Rendsburg Ports = 2.343.182,74 Euro

Modernisierung und Optimierung Fernradwege Nordfriesland + Dithmarschen = 11.327,60 Euro

Der für 2013 veranschlagte Betrag von 1,5 Mio. Euro ist vorgesehen zur Finanzierung der Beschaffung von Schwerlastkränen für den Rendsburg Ports.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	06
Seite:	
Kapitel:	12
Titel:	89205
Zweckbestimmung:	Innovationsförderung für schleswig-holsteinische Werften zur Sicherung von Arbeitsplätzen

Ansatz Ist 2011:	563.300 EUR
Ansatz Soll 2012:	2.500.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	2.250.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

In welchem Verhältnis stehen die Ausgaben der Innovationsförderung zu dem von einer anderen Werft in Schleswig-Holstein bezogenen Volumen unter der CIRR - Finanzierung, die als Voraussetzung der Förderung gilt?

Antwort Landesregierung:

CIRR Förderung und Innovationsförderung waren ursprünglich Bundesprogramme. Das Wettbewerbshilfeprogramm hingegen war ein Bund- / Länderprogramm und musste von den Küstenländern mit 50% mitfinanziert werden. Nach dem dieses Programm zum 31.3.2005 wegfiel, forderte der Bund eine Beteiligung der Länder bei der Förderung des Schiffbaus. Die Küstenländer haben einstimmig eine Beteiligung an dem Innovationsprogramm beschlossen, weil diese Förderung die hohen technischen und wirtschaftlichen Risiken der Werften beim Bau von Prototypen mindert, sich die Förderung unmittelbar positiv auf die Werften auswirkt und zudem die damit verbundene Haushaltsbelastung überschaubar war. Der Bund hat die alleinige CIRR-Förderung nur unter der Voraussetzung fortgeführt, dass sich das Land, wenn eine seiner Werften eine CIRR-Förderung erhält, an dem Innovationsprogramm mit 50% beteiligt. 2005 bis 2008 hat der Bund schleswig-holsteinische Werften im Rahmen dieses Programms mit rd. 13 Mio€ gefördert.

2008 erhielt eine schleswig-holsteinische Werft eine CIRR-Förderung. Somit musste sich das Land ab 2009 an der Innovationsförderung seiner Werften beteiligen. Derzeit liegen bei einem Großteil der Endfinanzierungen von Schiffen CIRR-Förderungen zugrunde. Darüber hinaus werden bei aktuell bearbeiteten Projekten Endfinanzierungen auf Basis des CIRR mit angeboten.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	06
Seite:	
Kapitel:	12
Titel:	89417
Zweckbestimmung:	An öffentliche Einrichtungen für Investitionen

Ansatz Ist 2011:	7.598.300 EUR
Ansatz Soll 2012:	0 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	5.584.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Welche Verpflichtungen ergeben diese Zahlungsstruktur?
--

Antwort Landesregierung:

Da alle Titel innerhalb der Maßnahmegruppe 17 "Zukunftsprogramm Wirtschaft" deckungsfähig sind, werden in der Regel die Landesmittel sowie die erwarteten EU-Mittel (siehe 0612.00.346 05) bei dem Titel 0612.17.883 17 veranschlagt.

Soweit zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung bekannt, werden darüber hinaus die Vorbelastungen aus Landesmitteln bei den konkreten Titeln in der MG 17 veranschlagt. Für diesen Titel waren im Rahmen der Haushaltsanmeldungen 2011/2012 die erforderlichen Ansätze noch nicht bekannt. Diese Mittel werden daher im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit im Haushaltsvollzug bedarfsgerecht umgesetzt. Vor diesem Hintergrund wird auch der Ansatz Soll 2012 zum Jahresende mit einem Millionenbetrag im Ist abschließen.

Die für den Haushalt 2013 bei diesem Titel vorgesehenen 5.584.000 EUR umfassen Verpflichtungen für die beiden bewilligten Vorhaben "Neubau eines Institutsgebäudes der Fraunhofer-Einrichtung für Marine Biotechnologie (EMB) in Lübeck" und "Erweiterungsmaßnahme des Labor- und Reinraumgebäudes des Fraunhofer-Instituts für Siliziumtechnologie (ISiT) in Itzehoe", die bereits auch schon in 2012 Mittel aus diesem Titel erhalten.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	06
Seite:	
Kapitel:	13
Titel:	11104
Zweckbestimmung:	Verwaltungsgebühren für Amtshandlungen

Ansatz Ist 2011:	0 EUR
Ansatz Soll 2012:	0 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	0 EUR

Frage/Sachverhalt:

Der Landesrechnungshof empfiehlt, die Transportunternehmen durch eine Sondernutzungsgebühr an den Folgekosten des Schwerverkehrs über 40/44t zu beteiligen. Welches Gebührenaufkommen wäre nach Ansicht des Wirtschaftsministeriums angemessenerweise zu erwarten und welchem Haushaltsansatz sollte es zugutekommen?

Antwort Landesregierung:

Hier handelte es sich um einen energie-bezogenen Titel, der in das Kapitel 0618 (MELUR) übertragen worden ist.

Das mit der Frage zusammenhängende Gebührenaufkommen wäre im Kapitel 6014 (Verkehr) zu veranschlagen.

Derzeit wird in einer Länderfacharbeitsgruppe geprüft, auf welcher Rechtsgrundlage Gebühren für welchen Tatbestand erhoben werden können. Das Aufkommen kann daher derzeit noch nicht abgeschätzt werden. Über einen Einnahmetitel und die Verwendung der Mittel wird zu gegebener Zeit zu entscheiden sein.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	06
Seite:	
Kapitel:	13
Titel:	53406
Zweckbestimmung:	Veranstaltungen

Ansatz Ist 2011:	0 EUR
Ansatz Soll 2012:	3.500 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	133.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wie hoch ist der konkrete Anteil der 8. Nationalen Maritimen Konferenz an den Ausgaben?

Antwort Landesregierung:

Für den noch zu zahlenden Landesanteil an den Veranstaltungskosten der NMK, einen Schleswig-Holstein bezogenen Konferenzbeileger für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer (z.B. Kiel Maritim und Maritimer Aktionsplan Schleswig-Holstein) sowie für den vorgelagerten Empfang von Land und Stadt Kiel wurde ein Betrag i.H.v. 100 T€ berücksichtigt.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	06
Seite:	
Kapitel:	13
Titel:	68361
Zweckbestimmung:	Zuschüsse an private Unternehmen

Ansatz Ist 2011:	1.659.600 EUR
Ansatz Soll 2012:	1.531.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	1.531.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Das im Koalitionsvertrag zugrunde gelegte Konzept "TASH optimiert" sieht eine Mindestförderung des Landes in Höhe von \approx 1 Million vor, während der Haushaltsansatz für 2013 \approx 1,5 Millionen übersteigt. Wie ist dies zu erklären?

Antwort Landesregierung:

Der Koalitionsvertrag bezieht sich auf das Modell "TASH optimiert", das entsprechend der bisherigen Planungen ab 2015 zum Tragen kommen soll. Daher weicht der Ansatz für 2013 vom Modell "TASH optimiert" ab.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	06
Seite:	
Kapitel:	13
Titel:	68561
Zweckbestimmung:	Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen

Ansatz Ist 2011:	69.700 EUR
Ansatz Soll 2012:	121.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	121.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Der Landesrechnungshof empfiehlt, die Förderung der Projekte ? Gastronomiekonzept?, ?Designkontor? und ?ServiceQualität Deutschland? einzustellen. In welcher Höhe hat die TASH 2012 eine Förderung dieser Projekte vorgenommen und in welcher Höhe ist dies für 2013 geplant?

Welche Einsparung könnte gegenüber dem Haushaltsentwurf 2013 erzielt werden, wenn die Förderung der genannten Projekte eingestellt würde?

Antwort Landesregierung:

Die Förderung der genannten Projekte erfolgt im Rahmen des "Zukunftsprogramm Wirtschaft" (0612 MG 17) und daher nicht aus diesem oder anderen Titeln der Maßnahmengruppe Tourismus.

Die TASH hat in 2012 keine Förderung dieser Projekten vorgenommen; Förderungen sind auch für 2013 nicht geplant.

Einsparungseffekte können aus diesem Grund hier nicht erzielt werden.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	06
Seite:	
Kapitel:	14
Titel:	52697
Zweckbestimmung:	Prüfung von Mautgebührenanträgen nach dem FStrPrivFinG

Ansatz Ist 2011:	0 EUR
Ansatz Soll 2012:	0 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	80.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wie setzen sich diese hohen Kosten zusammen?

Laut Beschreibung sind lediglich die Überprüfung der Mautgebührenanträge und der Erlass von Mautgebührenverordnungen auf das Land übergegangen.

Wird davon ausgegangen, dass es mehrere Mautgebührgenehmigungsverfahren für den Herrentunnel in 2013 geben wird, die u.U. eine Vollzeitstelle bei der Überprüfung zwingend erforderlich machen?

Antwort Landesregierung:

Der Haushaltsansatz ist vorgesehen für eine ggfs. notwendige Beauftragung externer Gutachter im Rahmen eines Mautgebührenantrages.

Zwar konnten in den Vorjahren die Prüfungen der Mautgebührenanträge durch internes Personal erfolgen. Bei äußerst komplexen juristischen und wirtschaftlichen Fragestellungen sind jedoch auch externe Gutachterleistungen erforderlich, wie insbesondere der erste und der zweite Mautgebührenantrag gezeigt haben. Daher wird auch für 2013 ein Ansatz für externe Prüfungsleistungen ausgewiesen.

Kosten für eigenes Personal wird aus diesem Titel nicht finanziert. Es wird derzeit nicht von mehreren Mautgebührenanträgen ausgegangen.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	06
Seite:	
Kapitel:	14
Titel:	68208
Zweckbestimmung:	An öffentliche Unternehmen als Starthilfe und zur Tarif-Finanzierung

Ansatz Ist 2011:	1.140.000 EUR
Ansatz Soll 2012:	980.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	220.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Sieht die Landesregierung die Hilfe nicht mehr als notwendig an, möchte sie Subventionsabbau betreiben oder erfolgt eine Kürzung, um den Gesamtetat der MG 02 nicht zu überschreiten?

Antwort Landesregierung:

Die Reduzierung der Finanzmittel im Haushaltsansatz des Titels 0614.02.682 02 erfolgte, da der Schleswig-Holstein-Tarif in seinen bisherigen Stufen weitestgehend umgesetzt wurde.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	06
Seite:	
Kapitel:	14
Titel:	68273
Zweckbestimmung:	An öffentliche Unternehmen

Ansatz Ist 2011:	1.811.500 EUR
Ansatz Soll 2012:	6.000.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	2.000.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Was bewirkt diese starke Verschiebung zu Gunsten privater Unternehmen?

Ist ihr Anteil am ÖPNV im Vergleich zu 2012 so dramatisch gestiegen?
(Vgl. Titel 683 73 291)

Antwort Landesregierung:

Die Auszahlung der Fahrgelderstattungen für die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter ist abhängig von der Gesellschaftsform der Verkehrsunternehmen. Da die Erstattungsbehörde in der Regel über (Teil-) Verkäufe von Unternehmen nicht informiert wird, kann es im Haushaltsvollzug zu Verschiebungen zwischen den Titeln der TG 73 kommen. Die Veranschlagung erfolgt daher aufgrund der IST-Zahlen 2011. Die Titel 0614.73.682 73 und 683 73 sind gegenseitig deckungsfähig.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	06
Seite:	
Kapitel:	14
Titel:	68373
Zweckbestimmung:	An private Unternehmen

Ansatz Ist 2011:	10.688.500 EUR
Ansatz Soll 2012:	3.000.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	10.000.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Was bewirkt diese starke Verschiebung zu Gunsten privater Unternehmen?

Ist ihr Anteil am ÖPV im Vergleich zu 2012 so dramatisch gestiegen?
(Vgl. Titel 682 73 291)

Antwort Landesregierung:

Die Auszahlung der Fahrgelderstattungen für die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter ist abhängig von der Gesellschaftsform der Verkehrsunternehmen. Da die Erstattungsbehörde in der Regel über (Teil-) Verkäufe von Unternehmen nicht informiert wird, kann es im Haushaltsvollzug zu Verschiebungen zwischen den Titeln der TG 73 kommen. Die Veranschlagung erfolgt daher aufgrund der IST-Zahlen 2011. Die Titel 0614.73.682 73 und 683 73 sind gegenseitig deckungsfähig.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	06
Seite:	
Kapitel:	14
Titel:	88309
Zweckbestimmung:	An Gemeinden und Gemeindeverbände für ÖPNV-Maßnahmen aus Bundesmitteln

Ansatz Ist 2011:	5.000.000 EUR
Ansatz Soll 2012:	5.000.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	5.000.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Welche ÖPNV-Maßnahmen aus Bundesmitteln sind 2013 geplant und zu welchen Kosten sind diese veranschlagt?

Antwort Landesregierung:

Es sind zahlreiche Maßnahmen geplant, bzw. werden noch aus vorangegangenen Jahren abgewickelt. Folgend eine Liste der größeren Maßnahmen:

Bahnhof-Vorplatz, Fußgängertunnel Heide: ca. 700.000 €

ZOB Kiel: ca. 800.000 €

Lübeck, Güterverkehrszentrum II: ca. 2.000.000€

Bahnhofsumfeld Bordesholm: ca. 150.000 €

Bahnhofsumfeld Bad Oldesloe: ca. 600.000 €

Bahnhofsumfeld Flensburg: ca. 600.000 €

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	06
Seite:	
Kapitel:	14
Titel:	89110
Zweckbestimmung:	An öffentliche Unternehmen für ÖPNV-Maßnahmen aus Bundesmitteln

Ansatz Ist 2011:	26.553.700 EUR
Ansatz Soll 2012:	8.000.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	8.000.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Welche ÖPNV-Maßnahmen aus Bundesmitteln sind 2013 geplant und zu welchen Kosten sind diese veranschlagt?

Antwort Landesregierung:

Es sind zahlreiche Maßnahmen geplant, bzw. werden noch aus vorangegangenen Jahren abgewickelt. Folgend eine Liste der größeren Maßnahmen:

Fähranleger Kiel-Reventlou: ca. 2.000.000 €

Bahnsteigtunnel Flensburg: ca. 200.000 €

Bahnhof Hochschulstadtteil Lübeck : ca. 300.000 €

Bahnsteig Lübeck-Blankensee: ca. 450.000 €

Bahnsteigdach und Beschallung Heide: 1.600.000 €

Aufzüge Bahnhof Büchen: ca. 300.000 €

Gleiserneuerung A2 Norderstedt Mitte: ca. 1.500.000 €

Infrastruktur Kiel – Rendsburg: ca. 1.500.000 €.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	06
Seite:	
Kapitel:	14
Titel:	89209
Zweckbestimmung:	An private Unternehmen für ÖPNV-Maßnahmen aus Bundesmitteln

Ansatz Ist 2011:	1.316.000 EUR
Ansatz Soll 2012:	816.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	816.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Welche ÖPNV-Maßnahmen aus Bundesmitteln sind 2013 geplant und zu welchen Kosten?
--

Antwort Landesregierung:

<p>Es sind zahlreiche Maßnahmen geplant, bzw. werden noch aus vorangegangenen Jahren abgewickelt. Folgend eine Liste der größeren Maßnahmen:</p> <p>Zugsicherung Niebüll – Dänische Bundesgrenze: ca. 200.000 €</p> <p>Streckensicherung Niebüll – Dagebüll: ca. 300.000 €</p> <p>Bahnhof Niebüll: ca. 100.000 €</p> <p>Omnibusbetriebshof Itzehoe: ca. 100.000 €</p>

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	06
Seite:	
Kapitel:	14
Titel:	89403
Zweckbestimmung:	Kostenbeitrag des Landes zum Ausbau der Hinterlandanbindung für die Feste Fehmarnbeltquerung

Ansatz Ist 2011:	488.500 EUR
Ansatz Soll 2012:	1.620.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	4.800.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

In welchem Rahmen ergäben sich gegenwärtig noch Einsparungen, wenn auf die Anbindung verzichtet würde, d.h. die Verträge aufgekündigt würden?

Antwort Landesregierung:

Der Vertrag über eine feste Fehmarnbeltquerung wurde zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark geschlossen. Eine Kündigung dieses Vertrages durch Schleswig-Holstein ist daher in keinem Fall möglich; auch auf Bundesebene kann der Vertrag nur im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den Vertragsstaaten geändert, ergänzt oder aufgehoben werden. Beide Staaten haben den festen Willen, den Staatsvertrag umzusetzen. Für den Haushalt 2013 ergeben sich diesbezüglich keine Einsparmöglichkeiten.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	06
Seite:	
Kapitel:	16
Titel:	53101
Zweckbestimmung:	Maßnahmen zur Unterstützung der Weiterbildungsbeteiligung

Ansatz Ist 2011:	8.000 EUR
Ansatz Soll 2012:	108.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	0 EUR

Frage/Sachverhalt:

Erfolgt die Senkung auf null auf Basis des IST-Wertes von 2011?

Wie hoch sind die bisherigen Ausgaben im Jahr 2012?

Antwort Landesregierung:

Zur ersten Frage:

Aus dem Titel wurden in den vergangenen Jahren hauptsächlich die Kosten für die regionalisierte Erhebung zum Weiterbildungsverhalten in Schleswig-Holstein im Rahmen des Berichtssystem Weiterbildung (BSW) bzw. den Adult Education Survey (AES; löste 2007 das BSW ab) getragen. Die Erhebungen erfolgen alle 2 Jahre, zuletzt 2010, aktuell in 2012. Das erklärt die Schwankungen im Titelansatz. Die Ausweisung von 0 Euro im Ansatz für 2013 bedeutet, dass in 2013 kein AES ansteht.

Zur zweiten Frage:

Die bisherigen Ausgaben in 2012 für den AES 2012 betragen insgesamt 96.152,- €.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	06
Seite:	
Kapitel:	16
Titel:	88301
Zweckbestimmung:	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände

Ansatz Ist 2011:	906.900 EUR
Ansatz Soll 2012:	1.200.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	1.100.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Welche konkreten Folgen hat die Kürzung um 100.000 Euro?
--

Antwort Landesregierung:

Die landesweit 21 Einrichtungen im Jugendaufbauwerk Schleswig-Holstein (JAW) beantragen jeweils im Frühjahr eines Jahres Zuschüsse zu den von ihnen geplanten Investitionen, die überwiegend in Vorgaben des Haupt-Auftragsgebers, der Bundesagentur für Arbeit, begründet liegen. Daneben gewinnen insbesondere energetische Maßnahmen an Bedeutung.

Konkrete Folgen der Kürzung für die Investitionsvorhaben 2013 sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorhersehbar. Allerdings wird die Kürzung um 100.000 € fachlich als vertretbar und steuerbar eingestuft, da das HH-Jahr 2013 nicht mehr durch VE´n aus Bewilligungen der Vorjahre belastet sein wird. Die große JAW-Baumaßnahme der Stadt Flensburg (komplette Standortverlagerung) ist abgeschlossen, so dass der Haushaltsansatz 2013 hiervon nicht mehr tangiert wird.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	07
Seite:	9
Kapitel:	01
Titel:	42201
Zweckbestimmung:	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

Ansatz Ist 2011:	1.432.900 EUR
Ansatz Soll 2012:	2.383.700 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	2.250.400 EUR

Frage/Sachverhalt:

Welche Ausgabenhöhe wird derzeit für das Jahr 2012 prognostiziert?
--

Antwort Landesregierung:

Für das Jahr 2012 werden Personalausgaben in Höhe von 1.365.800 EUR erwartet.

Das Personalbudget des Ministeriums ist darüber hinaus in den Kapiteln 0710 und 0720 veranschlagt.
--

Die Titel sind gegenseitig deckungsfähig. Aus Minderausgaben an einer Stelle kann daher kein Rückschluss auf die Gesamtausgaben für das Jahr gezogen werden.
--

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	07
Seite:	9
Kapitel:	01
Titel:	42201
Zweckbestimmung:	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

Ansatz Ist 2011:	1.432.900 EUR
Ansatz Soll 2012:	2.383.700 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	2.250.400 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wie erklärt sich die Reduzierung in diesem Titel bei einem Zuwachs der Stellenzahl?

Antwort Landesregierung:

Für das Jahr 2012 werden Personalausgaben in Höhe von 1.365.800 EUR erwartet.

Das Personalbudget des Ministeriums ist darüber hinaus in den Kapiteln 0710 und 0720 veranschlagt.
--

Die Titel sind gegenseitig deckungsfähig. Aus Minderausgaben an einer Stelle kann daher kein Rückschluss auf die Gesamtausgaben für das Jahr gezogen werden.
--

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	07
Seite:	10
Kapitel:	01
Titel:	51802
Zweckbestimmung:	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge

Ansatz Ist 2011:	82.800 EUR
Ansatz Soll 2012:	95.500 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	95.500 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wurde in Betracht gezogen, durch die Umstellung auf ein papierloses Ministerium Kosten für Kopiersysteme und Aktenlagerung/Verwaltung zu sparen?

Antwort Landesregierung:

Die Einführung der eAkte in die Landesverwaltung Schleswig-Holstein kann mittel- und langfristig zu Kosteneinsparungen bei Kopiersystemen und Aktenlagerung/Verwaltung führen.

Zurzeit ist eine ressortübergreifende Projektgruppe eingesetzt, die die für eine stufenweise Einführung der eAkte erforderlichen Bausteine erstellt und auch die Haushaltsmittel betrachtet. Die Landesregierung wird zu gegebener Zeit über die Einführung in den Ressorts entscheiden. In dem Zusammenhang wird auch im MBW geprüft, inwieweit eine Kostenersparnis erzielt werden kann.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	07
Seite:	24
Kapitel:	10
Titel:	382 01
Zweckbestimmung:	Erstattungen der Schulträger für Aufwendungen des Landes zur Abgeltung urheberrechtlicher Ansprüche

Ansatz Ist 2011:	265.400 EUR
Ansatz Soll 2012:	240.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	240.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wie schlüsseln sich die Einnahmen genau auf?

Antwort Landesregierung:

Für die Anfertigung von Vervielfältigungen geschützter Werke für den Unterricht ist nach dem Urheberrechtsgesetz eine Entschädigung zu entrichten. Die Kreise und kreisfreien Städte haben es übernommen, die auf die Schulträger entfallenden Kosten, aufgeschlüsselt nach Einwohnerzahlen, dem Land zu erstatten.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	07
Seite:	41
Kapitel:	10
Titel:	42706
Zweckbestimmung:	Prüfungsvergütungen für den nachträglichen Hauptschulabschluss

Ansatz Ist 2011:	32.100 EUR
Ansatz Soll 2012:	60.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	120.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Der Titel wurde verdoppelt - warum?

Antwort Landesregierung:

Nichtschülerprüfungen fallen an im Bereich der nicht anerkannten Ersatzschulen, der Waldorfschulen, der Bildungsträger (z.B. VHS), der Schülerinnen und Schüler ohne Schulverhältnis. Für alle Abschlüsse müssen schriftliche Prüfungen in 2-4 Fächern (je nach Abschluss) erst- und zweitkorrigiert und mündliche Prüfungen (in 2 bis 5 Fächern) abgenommen werden.

Die Verdoppelung des HH-Titels war aus folgenden Gründen nötig:

- Durch die aufwachsenden Ersatzschulen ist die Zahl der Prüflinge aus diesem Bereich deutlich angestiegen.
- Die Rechtslage schreibt vor, dass die Prüfungen (unter Beteiligung) von staatlichen Lehrkräften des allgemeinbildenden Schulwesens durchzuführen sind. Diese rechtlichen Rahmensetzungen sind auch bei nicht anerkannten Ersatzschulen unbedingt einzuhalten.

Um hinreichend geeignete Personen für die Abnahme der Prüfung rekrutieren zu können, war es dringend erforderlich, den Erlass zur Prüfungsvergütung, der zuletzt 1994 angepasst wurde, an die aktuellen Prüfungsbedingungen anzupassen und die Vergütung moderat zu erhöhen. (80 % der Erhöhung des HH-Titels sind zur Bewältigung des hohen Prüfungsaufkommens erforderlich, nur 20 % entfallen auf die erhöhte Prüfungsvergütung.)

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	07
Seite:	41
Kapitel:	10
Titel:	42708
Zweckbestimmung:	Prüfungsvergütungen für Fachhochschulprüfungen sowie für Latein- und Abiturprüfungen u.a.

Ansatz Ist 2011:	30.600 EUR
Ansatz Soll 2012:	26.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	50.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Der Titel wurde fast verdoppelt - warum?

Antwort Landesregierung:

Fachhochschulprüfungen sowie Latein und Abiturprüfungen werden für Schülerinnen und Schüler ohne Schulverhältnis an staatlichen Gymnasien bzw. unter Beteiligung von staatlichen Lehrkräften an nicht anerkannten Ersatzschulen abgenommen.

Für alle Abschlüsse müssen schriftliche Prüfungen in 4 Fächern erst- und zweitkorrigiert und mündliche Prüfungen (in 2 bis 4 Fächern) abgenommen werden.

- Insbesondere durch die aufwachsenden Ersatzschulen ist die Zahl der Prüflinge aus diesem Bereich deutlich angestiegen.
- Die Rechtslage schreibt vor, dass die Prüfungen (unter Beteiligung) von staatlichen Lehrkräften des allgemeinbildenden Schulwesens durchzuführen sind. Diese rechtlichen Rahmensetzungen sind auch bei nicht anerkannten Ersatzschulen unbedingt einzuhalten.

Um hinreichend geeignete Personen für die Abnahme der Prüfung rekrutieren zu können, war es dringend erforderlich, den Erlass zur Prüfungsvergütung, der zuletzt 1994 angepasst wurde, an die aktuellen Prüfungsbedingungen anzupassen und die Vergütung moderat zu erhöhen. (80 % der Erhöhung des HH-Titels sind zur Bewältigung des hohen Prüfungsaufkommens erforderlich, nur 20 % entfallen auf die erhöhte Prüfungsvergütung.).

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	07
Seite:	32
Kapitel:	10
Titel:	536 04 (MG 04)
Zweckbestimmung:	Regiekosten für die Durchführung des Controllings zur Bekämpfung von Unterrichtsausfall

Ansatz Ist 2011:	2.600 EUR
Ansatz Soll 2012:	0 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	0 EUR

Frage/Sachverhalt:

Da der in der Drs. 18/255 genannte Titel 07 10 536 04 bereits seit zwei Jahren auf null gesetzt war und ist, aber laut Antwort der Landesregierung dennoch 80 TEuro aus diesem Titel bereitgestellt werden sollen, um Arbeiten an ODIS durchzuführen, kann das Geld nur aus der MG allgemein kommen. Ist es üblich, Gelder aus dem Vertretungsfonds, die für die Zahlungen an Vertretungslehrer gezahlt werden sollen, so zu übertragen?

Antwort Landesregierung:

Nein, im Zuge der Deckungsfähigkeit innerhalb der Maßnahmengruppe könnten aber Mittel bereitgestellt werden, um Arbeiten an ODIS durchzuführen. Dies ist bislang allerdings nicht geplant, da derzeit nicht absehbar ist, ob, wann und in welcher Höhe Kosten entstehen.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	07
Seite:	49
Kapitel:	10
Titel:	632 04 (MG 21)
Zweckbestimmung:	Kosten für die Entwicklung und Normierung von länderinternen, landesweiten Vergleichsarbeiten (VERA)

Ansatz Ist 2011:	56.600 EUR
Ansatz Soll 2012:	67.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	90.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wie kommt es zu einem Ausgabenansatz von 90.000 Euro, wenn in den Erläuterungen eine detaillierte Auflistung der Ausgaben in Höhe von 67.000 Euro aufgeführt wird?

Antwort Landesregierung:

Es handelt sich um eine Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf. Die Erläuterung ist vor Drucklegung noch redaktionell entsprechend zu ändern. Der um 23.000 € erhöhte Bedarf wird gedeckt aus Mitteln, die im auf Null gesetzten Titel 0710 - 535 02 MG 21 eingestellt waren.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	07
Seite:	29
Kapitel:	10
Titel:	982 01
Zweckbestimmung:	Abgeltung urheberrechtlicher Ansprüche für die Vervielfältigung geschützter Werke an Schulen in kommunaler Trägerschaft

Ansatz Ist 2011:	265.400 EUR
Ansatz Soll 2012:	240.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	240.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Welche Einsparungen sind grundsätzlich zu erzielen, wenn man Schulbücher unter Creative Commons Lizenz einsetzt?

Antwort Landesregierung:

Gem. §36 des Schulgesetzes Schleswig-Holstein trägt das Land die persönlichen Kosten der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen. Die Beschaffung von Schulbüchern hingegen wird von den Schulträgern, den Kreisen und kreisfreien Städten, vorgenommen.

Mithin hätte der Einsatz von Schulbüchern unter Creative Commons Lizenz keine Auswirkung auf den Landeshaushalt.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	07
Seite:	29
Kapitel:	10
Titel:	98201
Zweckbestimmung:	Abgeltung urheberrechtlicher Ansprüche für die Vervielfältigung geschützter Werke an Schulen in kommunaler Trägerschaft

Ansatz Ist 2011:	265.400 EUR
Ansatz Soll 2012:	240.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	240.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wie schlüsseln sich die Kosten genau auf?

Antwort Landesregierung:

Für die Anfertigung von Vervielfältigungen geschützter Werke für den Unterricht ist nach dem Urheberrechtsgesetz eine Entschädigung zu entrichten. Die Kreise und kreisfreien Städte haben es übernommen, die auf die Schulträger entfallenden Kosten, aufgeschlüsselt nach Einwohnerzahlen, dem Land zu erstatten.

Die Länder zahlen an die Rechteinhaber für die Abgeltung urheberrechtlicher Ansprüche die vertraglich vereinbarte Vergütung für Vervielfältigungen bzw. die öffentliche Zugänglichmachung urheberrechtlich geschützter Werke. Der auf die einzelnen Länder entfallende Teilbetrag an der Gesamtvergütung wird anhand des jeweils aktuellen Königsteiner Schlüssels ermittelt.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	07
Seite:	
Kapitel:	11
Titel:	42201
Zweckbestimmung:	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

Ansatz Ist 2011:	205.989.300 EUR
Ansatz Soll 2012:	228.815.100 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	201.922.700 EUR

Frage/Sachverhalt:

Lässt sich der Rückgang der Ausgaben um knapp 27 Mio. EUR allein auf die Kürzung der Planstellen um 599 erklären?

Antwort Landesregierung:

Alle Personaltitel der Kapitel 0711 bis 0716 bilden das Lehrpersonalbudget. Die Verteilung der Mittel auf die Titel der einzelnen Schularten der Kapitel 0711 bis 0716 erfolgt zum Zeitpunkt der Anmeldung grundsätzlich im prozentualen Verhältnis der letzten bekannten Ist-Ausgaben (hier 2011). Dabei bleiben Aspekte wie die Verteilung neuer Stellen, die Einsparung von Stellen und die Verlagerung von Stellen zwischen den Schularten grundsätzlich außer Betracht. Eine detaillierte Aufteilung ist nicht erforderlich, da alle Titel untereinander deckungsfähig sind. Zudem kann im Haushaltsaufstellungsverfahren das zeitlich später folgende Personalzuteilungsverfahren (PZV) nicht vorweg genommen werden. Sollten im weiteren Verfahren der Haushaltsaufstellung noch Veränderungen zu berücksichtigen sein, werden diese - auch unter verwaltungsökonomischen Aspekten - nur noch bei einem Titel des Lehrpersonalbudgets nachvollzogen.

Die Planstellen bei 0711 gehen von 2012 nach 2013 um 601 Stellen zurück. Diese Stellen entsprechen rund 30 Mio. €. Von diesen Stellen waren 300 bereits zum 1.8.2011 und weitere 300 Stellen zum 1.8.2012 nicht zu besetzen. Insofern lässt sich die Veränderung zum Soll 2012 nicht mit dem nachvollzogenen Stellenrückgang erklären. Bei der Aufstellung des Haushaltes 2012 wurden für die Verteilung der Ansätze entsprechend der obigen Schilderung die letzten bekannten Ist-Ausgaben des Jahres 2009 (Doppelhaushalt) zu Grunde gelegt. Daher erklärt sich der hohe Ansatz 2012. Tatsächlich lagen die Ist-Ausgaben in den Jahren 2011 (205.989,3 €) und 2010 (217.028,1 €) bereits unter der Ansatzhöhe des Jahres 2012.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	07
Seite:	
Kapitel:	17
Titel:	52514
Zweckbestimmung:	Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer im Vorbereitungsdienst

Ansatz Ist 2011:	113.400 EUR
Ansatz Soll 2012:	127.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	116.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Warum wird dieser Titel reduziert? Was hat das für Auswirkungen?
--

Antwort Landesregierung:

<p>Eine Kürzung des Titels ist nicht erfolgt, sondern eine Aufteilung der Mittel auf die bisherige Maßnahmegruppe 01 und die neu eingerichtete Maßnahmegruppe 03 – Landesseminar Berufliche Bildung.</p> <p>In die MG 03 sind 11,0T€ (Titel 525 04) aus der MG 01 geflossen.</p> <p>Damit stehen für die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer im Vorbereitungsdienst auch im HHE 2013 insgesamt 127,0T€ zur Verfügung.</p>

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	07
Seite:	
Kapitel:	17
Titel:	52711
Zweckbestimmung:	Reisekostenvergütungen

Ansatz Ist 2011:	313.300 EUR
Ansatz Soll 2012:	262.500 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	192.500 EUR

Frage/Sachverhalt:

Warum wurde insbesondere bei diesem Titel gekürzt?
--

Antwort Landesregierung:

<p>Eine Kürzung des Titels ist nicht erfolgt, sondern eine Aufteilung der Mittel auf die bisherige Maßnahmegruppe 01 und die neu eingerichtete Maßnahmegruppe 03 – Landesseminar Berufliche Bildung.</p> <p>In die MG 03 sind 70,0T€ (Titel 527 01) aus der MG 01 geflossen.</p> <p>Damit stehen für Reisekostenvergütungen auch im HHE 2013 insgesamt 262,5T€ zur Verfügung.</p>

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	07
Seite:	
Kapitel:	17
Titel:	52714
Zweckbestimmung:	Reisekostenvergütungen für die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer im Vorbereitungsdienst

Ansatz Ist 2011:	495.500 EUR
Ansatz Soll 2012:	717.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	646.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wieso wurde der Titel nach dem Ist-Wert 2011 dratsisch erhöht und im Soll 2013 wieder reduziert?

Antwort Landesregierung:

Das soll in 2011 betrug – wie auch in 2012 – 717,0T€
 Eine Kürzung des Titels im HHE 2013 ist nicht erfolgt, sondern eine Aufteilung der Mittel auf die bisherige Maßnahmegruppe 01 und die neu eingerichtete Maßnahmegruppe 03 – Landesseminar Berufliche Bildung.
 In die MG 03 sind 71,0T€ (Titel 527 17) aus der MG 01 geflossen.
 Damit stehen für Reisekostenvergütungen für die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer im Vorbereitungsdienst auch im HHE 2013 insgesamt 717,0T€ zur Verfügung.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	07
Seite:	
Kapitel:	17
Titel:	68401
Zweckbestimmung:	Förderung des Vereins "Notruf und Beratung für vergewaltigte Mädchen und Frauen e. V." in Kiel im Rahmen des Projekts Präventionsbüro PETZE

Ansatz Ist 2011:	45.000 EUR
Ansatz Soll 2012:	45.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	70.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Der Titel wurde deutlich erhöht. Wie lange soll das Projekt gefördert werden?

Antwort Landesregierung:

Die Förderung erfolgt für das jeweilige Haushaltsjahr. Die Projektdauer ist nicht festgelegt.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	07
Seite:	108
Kapitel:	19
Titel:	427 04
Zweckbestimmung:	Entgelte für Freiwilligendienste

Ansatz Ist 2011:	9.900 EUR
Ansatz Soll 2012:	18.500 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	12.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wieso reduziert sich der Titel, wenn nach wie vor zwei Bundesfreiwillige eingeplant und die Erstattungen des Bundes gesunken sind?

Antwort Landesregierung:

Für das Haushaltsjahr 2012 waren noch 3 Bundesfreiwillige (bzw. zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung im Jahr 2010 3 Zivildienstleistende) angesetzt. Aufgrund der Verlagerung des LFZ Sprache von Wentorf nach Schleswig und des Schülerzahlenrückgangs in diesem LFZ wurde in 2012 am Standort Wentorf nur 1 Bundesfreiwilliger beschäftigt.

Die Schülerzahlen werden am Standort Wentorf auch in 2013 sinken, daher wird dort auch im kommenden Jahr nur 1 Bundesfreiwilliger tätig sein.

Der zweite in diesem Titel ausgewiesene Bundesfreiwillige ist in Schleswig am Landesförderzentrum Sehen tätig.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	07
Seite:	109
Kapitel:	19
Titel:	52701
Zweckbestimmung:	Dienstreisen

Ansatz Ist 2011:	260.500 EUR
Ansatz Soll 2012:	255.500 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	263.500 EUR

Frage/Sachverhalt:

Warum wurde dieser Titel erhöht?

Antwort Landesregierung:

In diesem Titel sind die Ausgaben für Dienstreisen der LFZ Sehen und LFZ Sprache enthalten.
Für das LFZ Sehen sind für 2013 geringfügige Kostensteigerungen eingeplant.
Für das LFZ Sprache steigen die Kosten aufgrund der Verlagerung des LFZ Sprache von Wentorf nach Schleswig, weil dadurch zusätzlich Dienstreisen zwischen Wentorf und Schleswig erforderlich sind.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	07
Seite:	110
Kapitel:	19
Titel:	53801
Zweckbestimmung:	Schülerbeförderung, Schullandheimaufenthalte, Reisekosten des Begleitpersonals und der Schulelternbeiräte

Ansatz Ist 2011:	166.400 EUR
Ansatz Soll 2012:	231.800 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	201.300 EUR

Frage/Sachverhalt:

Warum wurde hier gekürzt?

Antwort Landesregierung:

Aufgrund der rückläufigen Schülerzahlen reduziert sich der Mittelbedarf kontinuierlich seit 2011.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	07
Seite:	126
Kapitel:	20
Titel:	42775 TG 75
Zweckbestimmung:	Vergütungen für Lehraufträge, wissenschaftliche Hilfskräfte sowie an Vertretungs- und Aushilfskräfte

Ansatz Ist 2011:	0 EUR
Ansatz Soll 2012:	45.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	0 EUR

Frage/Sachverhalt:

Werden keine strukturverbessernden Maßnahmen mehr angestrebt oder soll dies unentgeltlich für Lehraufträge, wissenschaftliche Hilfskräfte sowie Vertretungs- und Aushilfskräfte geschehen?

Antwort Landesregierung:

Im Haushaltsjahr 2013 werden keine zusätzlichen Landesmittel für Lehraufträge erteilt, keine wissenschaftlichen Hilfskräfte sowie Vertretungs- und Aushilfskräfte eingestellt. Dies erfolgt aus den Globalhaushalten der Hochschulen sowie aus den Mitteln des Hochschulpaktes.

Zur Zeit wird aus dieser Titelgruppe das länderübergreifende Pilotprojekt „Ausstattungs-, Kosten- und Leistungsvergleich an Hochschulen“ finanziert. Das Projekt wird über die Hochschul-Informationssystem-GmbH abgewickelt, es hat eine Laufzeit vom 2. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2012, die letzte Rate dafür ist am 1. März 2013 zu bezahlen.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	07
Seite:	126
Kapitel:	20
Titel:	42972 TG 72
Zweckbestimmung:	Nicht aufteilbare Personalausgaben

Ansatz Ist 2011:	0 EUR
Ansatz Soll 2012:	575.500 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	0 EUR

Frage/Sachverhalt:

Der Titel lief 2011 auf 0,0 Euro, 2012 auf 575,5 Euro, 2013 wieder auf 0,0 Euro.
Bitte erläutern Sie das.

Antwort Landesregierung:

Es handelt sich um Kompensationsmittel des Bundes, welche im Haushaltsjahr 2012 auf die Titel 0720.72.42972, 0720.72.54772 und 0720.72.81272 verteilt sind. Für das Jahr 2013 sollen die Gesamtmittel auf dem Titel 0720.72.68572 zusammengeführt werden.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	07
Seite:	125
Kapitel:	20
Titel:	53469 TG 69
Zweckbestimmung:	Bibliothekstantieme

Ansatz Ist 2011:	55.600 EUR
Ansatz Soll 2012:	124.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	270.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wieso verdoppelt sich der Ansatz in diesem Titel?

Antwort Landesregierung:

<p>Aufgrund von nachgelagerten Vertragsverhandlungen im Jahr 2011 mit den Verwertungsgesellschaften „Wort“ und „Bild und Kunst“ für Nachzahlungen nach § 27 Abs. 2 und § 52 a Urheberrechtsgesetz müssen seit 2010 gestundete Beträge nun gezahlt werden. Bereits im Haushaltsjahr 2014 wird sich der Ansatz für diesen Titel wieder ungefähr auf Vorjahresniveau befinden.</p>

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	07
Seite:	120
Kapitel:	20
Titel:	68225 MG 02
Zweckbestimmung:	Zuschuss für Forschung und Lehre (F&L)

Ansatz Ist 2011:	107.776.000 EUR
Ansatz Soll 2012:	107.776.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	86.365.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wieso wird das Soll für 2013 spürbar niedriger angesetzt als 2012 und 2011?

Antwort Landesregierung:

Im Rahmen der Verbesserung der Transparenz des Landeshaushalts wird der so genannte Trägerkostenzuschuss für das UKSH, der bisher im Zuschuss für Forschung und Lehre (Haushaltstitel 682 25) enthalten war, nun gesondert ausgewiesen. Dabei werden die bisher unter dem Begriff „Trägerkosten“ fallenden Bereiche konkretisiert und jeweils eigenen Haushaltstiteln zugewiesen:

- a) Zuschuss für die Medizinaluntersuchungsämter im UKSH - 682 28,
- b) Zuschuss für F&L-bedingte Mieten für Anlagegüter im UKSH - 682 29 und
- c) Zuschuss für F&L-bedingte Mehraufwendungen im UKSH - 682 30.

In 2011/2012 wurden 107.776,0 T€ unter 682 25 zur Verfügung gestellt. Beantragt sind für 2013 insgesamt 112.665,0 T€, aufgeteilt auf 682 25 mit 86.365,0 T€, 682 28 mit 1.100,0 T€, 682 29 mit 5.200,0 T€ und 682 30 mit 20.000,0 T€. Das Soll für 2013 wird damit um 4.889,0 T€ höher angesetzt.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	07
Seite:	123
Kapitel:	20
Titel:	68506 MG 06
Zweckbestimmung:	Hochschulvereinbarung Schleswig-Holstein

Ansatz Ist 2011:	1.200 EUR
Ansatz Soll 2012:	9.657.100 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	4.277.700 EUR

Frage/Sachverhalt:

Der Titel wurde um mehr als 50% reduziert. Mit welcher Begründung?

Antwort Landesregierung:

Im SOLL-Ansatz des Haushaltsjahres 2012 sind v.a. Finanzmittel für den Ausgleich der kalkulierten Besoldungs- und Tarifsteigerungen für das Personal aller Hochschulen, welche in den Jahren 2010 bis 2012 entstanden sind und von da an in unveränderter Höhe weiter gezahlt werden, vorhanden. Nachdem die tatsächlichen Besoldungs- und Tarifsteigerungen beschlossen bzw. vereinbart wurden und somit die auszugleichenden Besoldungs- und Tarifsteigerungsmittel für jede Hochschule berechnet werden konnten, wurden diese vom Titel 0720.06.68506 auf die jeweiligen Hochschulzuschusstitel 0720.06.68521 bis 0720.06.68529 übertragen. Aus diesem Grund hat sich der Ansatz des Titels 0720.06.68506 um diese Beträge reduziert.

Im Zusammenhang mit den Besoldungs- und Tarifsteigerungen enthält der SOLL-Ansatz des Haushaltsjahres 2013 nur die kalkulierten Besoldungs- und Tarifsteigerungsmittel für das Personal der Hochschulen, welche im Jahr 2013 entstehen werden und aktuell noch unbekannt sind.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	07
Seite:	123
Kapitel:	20
Titel:	68520 MG 06
Zweckbestimmung:	Exzellenz- und Strukturbudget

Ansatz Ist 2011:	3.724.900 EUR
Ansatz Soll 2012:	3.500.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	8.878.200 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wie erklärt sich diese Anhebung im Titel?

Antwort Landesregierung:

Vor dem Hintergrund, dass nicht alle im Rahmen der Exzellenzinitiative beantragten Vorhaben aus Schleswig-Holstein gefördert werden konnten, zum anderen die bewilligten Vorhaben von Seiten der DFG gekürzt wurden, reduziert sich der Kofinanzierungsbedarf für die Exzellenzinitiative. Die somit nicht benötigten Mittel aus der Exzellenzinitiative werden in das Exzellenz- und Strukturbudget umgewidmet. Mit dieser Umwidmung gewinnt die Landesregierung hochschulpolitischen Handlungsspielraum.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	07
Seite:	123
Kapitel:	20
Titel:	68520 MG 06
Zweckbestimmung:	Exzellenz- und Strukturbudget

Ansatz Ist 2011:	3.724.900 EUR
Ansatz Soll 2012:	3.500.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	8.878.200 EUR

Frage/Sachverhalt:

Nach welchen Kriterien werden diese Mittel vergeben?

Wo gehen die Mittel im einzelnen hin?

Antwort Landesregierung:

Die Verteilung der Mittel des Exzellenz- und Strukturbudgets wird gegenwärtig im Ministerium für Bildung und Wissenschaft erörtert. Sie wird sich an den hochschul- und wissenschaftspolitischen Zielsetzungen der Landesregierung orientieren. Ein Kriterienkatalog liegt derzeit noch nicht vor.

Verwendung der Mittel in 2011:

Zur Vorbereitung der Exzellenzinitiative hat die Christian-Albrechts-Universität (CAU) 2.794.916,00 € und die Universität zu Lübeck (UzL) 930.000,00 € erhalten.
Insgesamt: 3.724.916,00 €

Verwendung der Mittel in 2012:

Zur Vorbereitung der Exzellenzinitiative hat die CAU 1.501.000,00 € und die UzL 499.000,00 € erhalten. Des Weiteren wurden die Mittel wie folgt verteilt:

- Musikhochschule Lübeck 150.000,00 für die Anschaffung von 2. Flügeln
- Universitätsbibliothek CAU 10.000,00 € für die „Restaurierung der Bordesholmer Wiegendrucke“ und „Reinigung alter Drucke vom mikrobiologischem Befall“
- Einrichtung einer Max-Planck-Forschungsstelle 500.000,00 €
- Förderung von drei deutschen Zentren für Gesundheitsforschung, Deutsches Zentrum für Lungenforschung, für Herz-Kreislaufforschung und für Infektionsforschung insgesamt 390.000,00 €

- Universität Flensburg 220.000,00 € für das Projekt „Innovation Group Nachhaltigkeit“ und „Stärkung der Hochschulbibliothek“
- Stadt Lübeck für das Projekt „Stadt der Wissenschaft“ 50.000,00 €
- Fachhochschule Lübeck 70.000,00 € für die „Einrichtung eines Studienzentrums als Maßnahme zur Verbesserung der Lehre“

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	07
Seite:	122
Kapitel:	20
Titel:	68540 MG 03
Zweckbestimmung:	Zuweisungen an die staatlich anerkannte private Fachhochschule Wedel

Ansatz Ist 2011:	0 EUR
Ansatz Soll 2012:	0 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	0 EUR

Frage/Sachverhalt:

Aufgrund der aktuellen Ausweisung eines Zuschusses von 1.5 Mio. Euro im Entwurf zeigt sich eine Kürzung der Mittel für die FH Wedel um 250.000 Euro. Der stellvertretende Ministerpräsident (Robert Habeck) äußerte vor einem dreiviertel Jahr, dass, wenn er an die Regierung käme, keine weiteren Kürzungen stattfinden würden.

Warum kommt es trotzdem zu der Kürzung und sind diese Zahlen valide?

Wie kann es sein, dass staatliche Hochschulen mehr Geld bekommen und an dieser Hochschule gekürzt wird?

Wie sieht die Landesregierung die Entwicklung der Studiengebühren, wenn die Fördermittel gesenkt werden, die Personalkosten tendenziell trotz sinkender Studentenzahl stagnieren und somit die Kosten pro Student steigen?

Wie ist dies vereinbar mit den medial lobenden Aussagen aller Fraktionen über das Modell FH Wedel?

Ist in den Budgets für die staatlichen Hochschulen berücksichtigt, dass diese unter Umständen verloren gegangene Plätze der FH Wedel kompensieren müssen?

Antwort Landesregierung:

Die aufgeführte Finanzposition 0720.03.68540 „Zuweisungen an die staatlich anerkannte private Fachhochschule Wedel“ stimmt inhaltlich nicht mit den Fragen und den dargestellten Ansätzen überein. Die Fragen und die Ansätze beziehen sich stattdessen auf die Finanzposition 0720.71.68571 „Zuschuss für den laufenden Betrieb“ der TG 71 „Staatlich anerkannte private Fachhochschule Wedel“, sodass sich die Landesregierung im Rahmen der Beantwortung der Fragen auf die Finanzposition 0720.71.68571 beschränkt.

Es ist beabsichtigt, über die Nachschiebeliste den Ansatz wieder auf 1.750.000 Euro zu erhöhen.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	07
Seite:	126
Kapitel:	20
Titel:	68571 TG 71
Zweckbestimmung:	Zuschuss für den laufenden Betrieb

Ansatz Ist 2011:	2.000.000 EUR
Ansatz Soll 2012:	1.750.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	1.500.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wie erklärt sich die Reduzierung an dieser Stelle?

Antwort Landesregierung:

Siehe Antworten zu den zuvor gestellten Fragen zum Titel 68540.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	07
Seite:	126
Kapitel:	20
Titel:	68572 TG 72
Zweckbestimmung:	Zuschüsse an Hochschulen in staatlicher Trägerschaft

Ansatz Ist 2011:	1.131.700 EUR
Ansatz Soll 2012:	0 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	1.175.500 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wie erfolgt die konkrete Aufteilung der Mittel?

Antwort Landesregierung:

Die Mittel sind für verschiedene Projekte an mehreren Hochschulen in Schleswig-Holstein bis Ende 2013 verteilt und gebunden.

Die Hochschulen stellen Projektanträge. Die Auswahl der Projekte und die Mittelverteilung erfolgt auf der Grundlage einer Richtlinie.

Kriterien der Förderung von Maßnahmen im Rahmen der Richtlinie sind:

- Die Leistungsfähigkeit der Hochschulen in der Lehre und Ausbildung von Studierenden nachhaltig zu stärken
- Die Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern
- Die Arbeitsmarktperspektiven der Absolventen/Innen zu verbessern

Gefördert werden Projekte mit den Schwerpunkten:

- Verbesserung des Qualitätsmanagements und der Qualitätssicherung mit Bezug auf die Lehre, Ausbildung und Beratung der Studierenden
- Modellprojekte in der Hochschuldidaktik
- Modellprojekte der Lehre mit dem Schwerpunkt neuer Lehr- und Lernformen
- Modellprojekte in der Lehre und Optimierung der Ressourcennutzung in Kooperation mit anderen Hochschulen

Beispiele für geförderte Projekte:

Etablierung eines strategischen Qualitätsmanagements an der Universität Flensburg; Innovation der Lehrerbildung an der Uni Flensburg durch Qualitätssicherung der konsekutiven Studiengänge und durch Implementierung medienpädagogischer Standards; startIng and coachIng an der Fachhochschule Kiel; Software Challenge Germany an der Christian- Albrechts-Universität zu Kiel; E-Learning in SH, Entwicklung und Produktion der Online-Bachelor-Studiengänge Betriebswirtschaftslehre und Wirtschaftsinformatik im Rahmen der Kapazitätserweiterung an norddeutschen Hochschulen an der Fachhochschule Lübeck

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	07
Seite:	137
Kapitel:	23
Titel:	68664 TG 64
Zweckbestimmung:	Betriebszuschuss an das AWI

Ansatz Ist 2011:	694.300 EUR
Ansatz Soll 2012:	940.900 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	868.800 EUR

Frage/Sachverhalt:

Was ist der Grund für die Kürzung?

Antwort Landesregierung:

Die Veranschlagung in der Titelgruppe 64 entspricht dem abgestimmten Bedarf mit dem AWI, dem Bund und den Sitzländern.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	07
Seite:	139
Kapitel:	23
Titel:	98168 TG 68
Zweckbestimmung:	Erstattung von Versorgungslasten

Ansatz Ist 2011:	275.700 EUR
Ansatz Soll 2012:	423.400 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	300.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Der Titel wird gekürzt? Wie kommt diese Kürzung zustande?

Antwort Landesregierung:

Aufgrund von Planänderungen in 2012. Es wurden mehr Tarifbeschäftigte als Beamte eingestellt. Die Personaltitel sind beim IFW gegenseitig deckungsfähig.
--

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	07
Seite:	140
Kapitel:	23
Titel:	98169 TG 69
Zweckbestimmung:	Erstattung von Versorgungslasten

Ansatz Ist 2011:	27.500 EUR
Ansatz Soll 2012:	29.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	90.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Der Titel für die Versorgungslasten vervielfacht sich. Wie kommt das zustande?

Antwort Landesregierung:

Die Höhe der Versorgungslasten entsprechen 30% der Beamtensätze; für 2013 sind zwei weitere Professoren eingeworben worden.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	07
Seite:	145
Kapitel:	24
Titel:	68131 MG 03
Zweckbestimmung:	Stipendien an Studierende aus den Baltischen Staaten und aus Polen für ein Studien- und Praxisjahr in Schleswig-Holstein sowie für schleswig-holsteinische Studierende für einen Studienaufenthalt in China in der Provinz Zhejiang.

Ansatz Ist 2011:	0 EUR
Ansatz Soll 2012:	73.400 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	0 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wurde die Förderung komplett eingestellt oder wird sie nicht mehr gesondert ausgewiesen?

Antwort Landesregierung:

Das Stipendienprogramm des Landes mit einer Förderung von Studierenden aus den Baltischen Staaten und aus Polen für einen einjährigen Studienaufenthalt in Schleswig-Holstein ist Ende 2010 ausgelaufen. Die seinerzeitigen Planungen (2010 im Rahmen der Anmeldungen zum Doppelhaushalt 2011/2012) hinsichtlich einer neuen Stipendienvergabe im Rahmen der Kooperation mit der Provinz Zhejiang konnten nicht realisiert werden.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	07
Seite:	145
Kapitel:	24
Titel:	68133 MG 03
Zweckbestimmung:	An das Studentenwerk Schleswig-Holstein für soziale Maßnahmen

Ansatz Ist 2011:	2.200.000 EUR
Ansatz Soll 2012:	2.000.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	2.000.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wie erklärt sich, dass die Zuschüsse im Vergleich zu 2012 konstant bleiben und im Vergleich zum Ist-2011 sogar sinken sollen, obwohl von steigenden Studierendenzahlen auszugehen ist?

Antwort Landesregierung:

Die Absenkung des Landeszuschusses an das Studentenwerk ist als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung notwendig gewesen. Trotz der angespannten Finanzlage des Landes ist es gelungen, die Höhe des Landeszuschusses im Verhältnis zu 2012 konstant zu halten.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	07
Seite:	145
Kapitel:	24
Titel:	89332 MG 03
Zweckbestimmung:	Zuschüsse für den Neubau und die Sanierung von Wohnheimen und Wohnungen für Studierende, insbesondere Zuschüsse für Wohnheime des Studentenwerks Schleswig-Holstein

Ansatz Ist 2011:	0 EUR
Ansatz Soll 2012:	0 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	600.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Gibt es für diesen neuen Haushaltstitel ein Finanzkonzept und eine Prioritätenliste?

Für welchen Zeitraum ist das Programm vorgesehen?

Gibt es Pläne zusätzlich Budget aus dem angestrebten Sonderfond zu verwenden?

Antwort Landesregierung:

Bis einschließlich 2009 wurden aus diesem Titel Sanierungsmaßnahmen in Wohnheimen - insbesondere des Studentenwerks - gefördert.

Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung wurde der Ansatz auf Null reduziert.

Die bisherige Planung sieht lediglich eine Bereitstellung von Haushaltsmitteln für das Haushaltsjahr vor um die dringlichsten Maßnahmen durchführen zu können. Daher gibt es derzeit weder ein Finanzkonzept noch eine Prioritätenliste.

Es gibt keine Pläne, Mittel aus dem „Sonderfond“ für das studentische Wohnen zu verwenden.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	10
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	52502
Zweckbestimmung:	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten

Ansatz Ist 2011:	67.300 EUR
Ansatz Soll 2012:	76.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	99.900 EUR

Frage/Sachverhalt:

Warum ist die Erhöhung des Titels an dieser Stelle notwendig?

Antwort Landesregierung:

<p>Die Erhöhung des Haushaltsansatzes geht in erster Linie auf die Änderung des Laufbahnrechts zurück. § 22 Abs. 3 und 4 Allgemeine Laufbahnverordnung (ALVO) normiert verpflichtende Vorgaben zum Fortbildungsumfang der Beamtinnen und Beamten. Dies führt zu einem deutlichen Anstieg der Fortbildungsteilnahmen. Darüber hinaus begründen die Veränderungsprozesse und der Personalabbau in der Verwaltung im Hinblick auf Führung und Qualifizierung einen höheren Fortbildungsbedarf.</p>

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	10
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	52601
Zweckbestimmung:	Gerichts- und ähnliche Kosten

Ansatz Ist 2011:	40.700 EUR
Ansatz Soll 2012:	41.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	100.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Der Titel wurde mehr als verdoppelt - rechnet die Landesregierung mit konkreten Gerichtsverfahren? Und wenn ja, in welchen Bereichen?

Antwort Landesregierung:

Die Veränderung der Strukturen und die umfangreichen Aufgaben des MSGFG bedingen Entscheidungen, die von den Betroffenen mitunter angefochten werden. Für das Ministerium besteht dann durchaus die Notwendigkeit, sich von einem Fachanwalt vertreten zu lassen. Dies bedingt Kosten, die schon vor der Entscheidung eines Gerichts entstehen. Je nach Ausgang der Prozesse können dann noch weitere Ausgaben anfallen. Für das Jahr 2013 ist für das MSGFG hinsichtlich des Ansatzes zusätzlich zu berücksichtigen, dass die Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht für den übernommenen Bereich „Kindertageseinrichtungen“ noch nicht abgeschlossen sind und ein Hauptsacheverfahren in einem anderen Sachbereich mit einem Streitwert von 1,6 Mio. € eröffnet wird.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	10
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	81201
Zweckbestimmung:	Erwerb von Geräten

Ansatz Ist 2011:	30.400 EUR
Ansatz Soll 2012:	13.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	13.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Der Titel wurde zum Erwerb eines Kühlschranks und einer Gas-Friteuse eingestellt.
Wurden hier die günstigsten Angebote zugrunde gelegt?

Antwort Landesregierung:

Bei dem Ansatz handelt es sich um eine Kostenschätzung auf der Grundlage von Preisrecherchen.
Der geplante Erwerb in Jahr 2013 wird nach den einschlägigen Bestimmungen der Landesbeschaffungsordnung unter Beachtung der Ausschreibungs- und Vergabebestimmungen über die GMSH erfolgen.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	10
Seite:	
Kapitel:	03
Titel:	53302
Zweckbestimmung:	Beweiserhebung

Ansatz Ist 2011:	2.786.200 EUR
Ansatz Soll 2012:	2.925.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	2.989.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Beziehen sich die Ausgaben auch auf Traumata und verwundete Bundeswehr-Soldaten im Afghanistaneinsatz?

Antwort Landesregierung:

Im Rahmen des HH-Ansatzes sind Beweiserhebungen bei Traumata enthalten. Verwundete Bundeswehrsoldaten werden, solange sie noch im aktiven Dienst sind, von den Wehrbereichsgebührenämtern betreut.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	10
Seite:	
Kapitel:	04
Titel:	18203
Zweckbestimmung:	Darlehensrückflüsse

Ansatz Ist 2011:	15.300 EUR
Ansatz Soll 2012:	15.400 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	15.400 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wie hoch ist die durchschnittliche Darlehensdauer?

Antwort Landesregierung:

Die Darlehen wurden mit einer Laufzeit von 50 Jahren gewährt.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	10
Seite:	
Kapitel:	05
Titel:	68301
Zweckbestimmung:	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen

Ansatz Ist 2011:	0 EUR
Ansatz Soll 2012:	0 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	527.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Um welche Zwecke handelt es sich genau und wer sind die Zuweisungsempfänger?
--

Antwort Landesregierung:

Zur Unterstützung der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen hat der Bund die Initiative Inklusion gestartet.

Ziele sind:

- schwerbehinderte Schülerinnen und Schüler umfassend über ihre beruflichen Möglichkeiten zu informieren und zu beraten und ihren Übergang von der Schule in das Arbeitsleben zu unterstützen; (Handlungsfeld 1)
- den erfolgreichen Einstieg schwerbehinderter junger Menschen in eine betriebliche Berufsausbildung durch die Schaffung neuer Ausbildungsplätze durch eine Prämienzahlung an Arbeitgeber zu unterstützen; (Handlungsfeld 2)
- arbeitssuchende oder arbeitslose schwerbehinderte Menschen, die das 50. Lebensjahr vollendet haben, in den allgemeinen Arbeitsmarkt mit Hilfe einer Prämie an Arbeitgeber zu integrieren; (Handlungsfeld 3)
- 2012 startete die Projektarbeit für das Handlungsfeld 1 der Initiative Inklusion. Mit der Umsetzung wurden in Schleswig-Holstein in Absprache zwischen Sozialministerium und Bildungsministerium die 15 Integrationsfachdienste (IFD) beauftragt, die es in allen Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins gibt.

Hierzu wurden eine Vorbereitungspauschale, die die Netzwerkarbeit vor Ort einschließt, sowie die Durchführung der Initiative (Teilnehmerbezogene Vergütung) durch die regionalen Integrationsfachdienste gefördert. Der Gesamtbetrag von 254.497,48€ im Jahr 2012 (Stand ist der 19.11.12) verteilt sich auf die jeweiligen IFD-Träger wie folgt:

Beratung, Integration und Begleitung für Menschen mit Behinderung (BIB)	24.590,02 € (IFD im Kreis NF und der Stadt FL)
Brücke NMS	16.422,16 € (IFD in der Stadt NMS)
AWO Neue Arbeit	31.841,96 € (IFD in den Kreisen Segeberg und Stormarn)
Brücke RD	20.838,90 € (IFD im Kreis RD-ECK)
Brücke SH	81.438,64 € (IFD in den Kreisen Dithmarschen, Herzogtum Lauenburg, Pinneberg, Plön, Steinburg)
Integra	27.090,70 € (IFD in der Stadt Lübeck und dem Kreis OH)
IFD Kiel	21.338,98 € (IFD in der Stadt Kiel)
IFD SLFL	30.936,12 € (IFD im Kreis SLFL)

- 2013 wird das Handlungsfeld 1 weiter von den Integrationsfachdiensten in den jeweiligen Kreisen und kreisfreien Städten umgesetzt.

Zusätzlich werden die Handlungsfelder 2 und 3 von den Agenturen für Arbeit, den Jobcentern, Integrationsfachdiensten, Fachberater(inne)n und Projektpartnern im Aktionsbündnis SH, den Trägern der Individuellen betrieblichen Qualifizierung / InbeQ (Unterstützte Beschäftigung) und dem Integrationsamt beworben. Die Auszahlung der Prämien erfolgt auf Antrag und wird vom Integrationsamt ausgezahlt.

Für jeden neuen Ausbildungsplatz kann der Arbeitgeber folgende Prämien von insgesamt max. 10.000 Euro erhalten:

- 1) Zahlung einer Prämie in Höhe von 2.000 € an Arbeitgeber zu Ausbildungsbeginn (Vorlage des abgeschlossenen Ausbildungs-vertrages),
- 2) Zahlung einer Prämie in Höhe von 2.000 € nach erfolgreichem Abschluss der Probezeit,
- 3) Zahlung einer Prämie in Höhe von 2.000 € grundsätzlich nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung (Ausnahmen können im Rahmen von Einzelfallentscheidungen ausschließlich zwischen den Kooperationspartnern abgestimmt werden),
- 4a) Zahlung einer Prämie in Höhe von 2.000 € bei Übernahme in ein befristetes Arbeitsverhältnis (bei anschließender Entfristung können weitere 2.000 € gezahlt werden) oder
- 4b) Zahlung einer Prämie in Höhe von 4.000 € bei Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis.

Für jeden neu geschaffenen Arbeitsplatz kann der Arbeitgeber folgende arbeitsplatzbezogene Prämien von insgesamt max. 10.000 Euro erhalten:

- 1) Zahlung einer Prämie in Höhe von 2.000 € 6 Monate nach Abschluss des Arbeitsvertrages an Arbeitgeber, die die Beschäftigungspflicht nach §§ 71 ff. SGB IX erfüllen bzw. Zahlung einer Prämie in Höhe von 1.000 € an Arbeitgeber, die die Beschäftigungspflicht nicht erfüllen,
- 2) Zahlung einer Prämie in Höhe von 2.000 € am Ende des 1. Beschäftigungsjahres
- 3) Zahlung einer Prämie in Höhe von 3.000 € am Ende des 2. Beschäftigungsjahres
- 4) Zahlung einer Prämie in Höhe von 3.000 € am Ende des 3. Beschäftigungsjahres

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	10
Seite:	
Kapitel:	05
Titel:	68465
Zweckbestimmung:	Erstattungen an das Diakonische Werk

Ansatz Ist 2011:	125.100 EUR
Ansatz Soll 2012:	61.300 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	130.500 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wieso wurde der Soll-Titel 2012 lediglich auf 61.300 Euro gesetzt, nachdem sich das Ist-2011 auf 125.100 Euro belief?

Antwort Landesregierung:

Das Haushalts-Soll für das Jahr 2012 wurde im Jahre 2010 bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2011/2012 kalkuliert. Im Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung war das Haushalts-Ist für das Jahr 2011 noch nicht bekannt. Die höhere Zahlung im Jahr 2012 erfolgt auch im Rahmen der Deckungsfähigkeit innerhalb der Titelgruppe.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	10
Seite:	
Kapitel:	07
Titel:	88302
Zweckbestimmung:	Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren in Einrichtungen öffentlicher Träger

Ansatz Ist 2011:	7.637.000 EUR
Ansatz Soll 2012:	14.000.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	25.000.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Die Ministerin hat die Bereitstellung von zusätzlichen 10 Mio. Euro in den Medien angekündigt. Sind diese im Titelanatz bereits enthalten?

Das Land will jeden Platz jetzt mit 11.080 Euro statt 9800 Euro fördern. Ist diese Steigerung in den Berechnungen zum Ausbau des Angebots eingerechnet?

Wie verhält es sich mit den rückwirkenden Ansprüchen der Kommunen aus der Bereitstellung der Plätze?

Antwort Landesregierung:

Nein. In diesem Titel sind nur die Mittel des Bundes aus dem Investitionsprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung" dargestellt. Die von Ministerin Alheit genannten 10 Mio. €, die den Kommunen zur Bewirtschaftung zugewiesen wurden, beziehen sich auf Investitionsmittel des Landes, die seit Ende 2010 durch die Investitionsbank verwaltet werden.

Aus diesem Titel werden nur die Investitionen zur Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren gefördert. Die Förderhöhe richtet sich nach der U3-Investitionsförderrichtlinie (Amtsblatt SH 2010, Seite 1074, geändert durch Amtsblatt SH 2011, Seite 216). Es werden hieraus keine Betriebskosten gefördert.

Die Fördermittel werden seit 2008 zur Schaffung von zusätzlichen Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren eingesetzt.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	10
Seite:	
Kapitel:	08
Titel:	53502
Zweckbestimmung:	Kosten für frauenpolitische Veranstaltungen und Informationen

Ansatz Ist 2011:	20.000 EUR
Ansatz Soll 2012:	20.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	20.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wie viele Veranstaltungen werden aus diesem Titel finanziert?

Antwort Landesregierung:

Folgende Projekte/Veranstaltungen wurden in 2012 durchgeführt:

- Ein Mentoring-Projekt für Gleichstellungsbeauftragte, wird in 2013 fortgeführt
- Gemeinsame AG der Gleichstellungs- und Frauenministerinnenkonferenz/KMK
- Auftaktveranstaltung "Frauenfrage neu gedacht", anl. des 25j. Bestehens der LAG hauptamtl. komm. Gleichstellungsbeauftragten, Talkrunde mit Ministerin Alheit
- Fortbildung EU-Kohäsionspolitik
- Aktionstag Häusliche Gewalt
- Veranstaltung „Fachtagung Sexualdelikte“
- Workshop Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser.

In 2013 sind zurzeit folgende Maßnahmen geplant:

- Projekt Mentoring, Abschlussrate an Referentin, Dokumentation des Projektes
- Fachtag Pflegearbeit
- Fachtag Prostitution
- KIK Kooperationsprojekt Frauenhäuser
- Fachtagung „Streitsache Sexualdelikte“
- Gewaltschutztag. Weitere Überlegungen werden derzeit konkretisiert.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	10
Seite:	
Kapitel:	12
Titel:	68409
Zweckbestimmung:	Zuschüsse zur institutionellen Förderung der auf Landesebene anerkannten Jugendverbände

Ansatz Ist 2011:	1.033.200 EUR
Ansatz Soll 2012:	913.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	913.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Der Titel wurde erneut überrollt. Wie werden in diesem Bereich die laufenden Kostensteigerungen (z.B. im Bereich Personal oder Energie) aufgefangen?

Bedeutet dies qualitative Verschlechterungen?

Antwort Landesregierung:

Die institutionell geförderten Jugendverbände werden ehrenamtlich geführt. Förderanträge für 2013 sind bis 31.12.2012 einzureichen, und zwar mit Zielvereinbarungs-Entwurf und Haushalts- und Wirtschaftsplan 2013. Mögliche Kostensteigerungen sind im Rahmen des Haushalts- und Wirtschaftsplanes aufzufangen. Insofern können zurzeit keine Aussagen darüber getroffen werden, ob die Überrollung des Ansatzes zu qualitativen Verschlechterungen führen wird.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	10
Seite:	
Kapitel:	12
Titel:	68410
Zweckbestimmung:	Zuschüsse an den Landesjugendring

Ansatz Ist 2011:	340.000 EUR
Ansatz Soll 2012:	310.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	310.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

In welcher Weise/in welchen Gremien wird hier die Mädchenarbeit gefördert?
--

Antwort Landesregierung:

<p>Im Rahmen der institutionellen Förderung sind 35.400,00 € zweckgebunden für die Mädchenarbeit in der Jugendverbandsarbeit zu verwenden. Daraus wird die Stelle der Referentin für Mädchen- und Frauenarbeit beim Landesjugendring finanziert. Die Referentin initiiert insbesondere Veranstaltungen und Fachtagungen, hält Referate in den Grundkursen der Verbände und arbeitet in diversen Gremien mit, so u. a. in der LAG Mädchen und junge Frauen in der Jugendhilfe Schleswig-Holstein, BAG Mädchenpolitik, Lenkungsgruppe "Netzwerk Medienkompetenz", AG Medienkompetenz und Juleica sowie im Landesfrauenrat und dem AK Mädchentreffs.</p>

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	13
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	11201
Zweckbestimmung:	Geldstrafen, Geldbußen, Zwangsgelder und Gerichtskosten

Ansatz Ist 2011:	67.300 EUR
Ansatz Soll 2012:	35.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	45.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Das MELUR rechnet damit, 2013 im Bereich Geldstrafen, Geldbußen, Zwangsgelder und Gerichtskosten 10,0 tsd Euro mehr einzunehmen als im Jahre 2012. Da es sich hier um eine nicht vorhersehbare Größe handelt, fragen wir das MELUR:

1. Rechnet das MELUR damit, dass die Schwere oder die Anzahl von Ordnungswidrigkeiten, für die sich Geldstrafen, Geldbußen oder Zwangsgelder erheben lassen, im Jahre 2013 gegenüber dem Jahre 2012 zunehmen werden, oder rechtfertigen die tatsächlichen Einnahmen aus dem Jahre 2012 eine höhere Schätzung für 2013?
2. Plant das MELUR die im Bußgeldkatalog ausgewiesenen Sätze zu erhöhen?
3. Wie begründet das MELUR die Steigerung der Einnahmen, bzw. wie kommt die Schätzung im einzelnen zustande?

Antwort Landesregierung:

Umfang und Struktur der aufgedeckten Ordnungswidrigkeiten sind nicht vorhersehbar und schwanken von Jahr zu Jahr.

Der Ansatz 2013 ist geschätzt auf Grundlage der Entwicklung der tatsächlichen Einnahmen von 2009-2011 in Höhe von durchschnittlich 49,0 T€ pro Jahr und der Einnahmen in 2012 in Höhe von bislang 40 T€.

Es ist nicht geplant, die im Bußgeldkatalog ausgewiesenen Sätze zu erhöhen.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	13
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	42201
Zweckbestimmung:	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

Ansatz Ist 2011:	2.686.900 EUR
Ansatz Soll 2012:	3.258.600 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	2.792.100 EUR

Frage/Sachverhalt:

Das MELUR möchte die Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten gegenüber 2012 um 466,5 tsd Euro senken. Welche Bezüge und Nebenleistungen möchte das MELUR gegenüber 2012 verringern?

Antwort Landesregierung:

Das Soll des HHE 2013 wurde dem aktuellen Bedarf angepasst, der durch Personal- und Aufgabenveränderungen entstanden ist. Es werden keine Bezüge oder Nebenleistungen verringert.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	13
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	45314
Zweckbestimmung:	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Geschäftsbereich des MELUR

Ansatz Ist 2011:	41.100 EUR
Ansatz Soll 2012:	100.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	60.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Das MELUR sieht vor, dass die Ausgaben beim Trennungsgeld und der Umzugskostenvergütung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von 100 tsd Euro 2012 auf 60 tsd Euro im Jahre 2013 sinken werden. Die Aufwendungen scheinen mit vielen Unwägbarkeiten behaftet zu sein, da sich Entwicklungen an dieser Stelle nur schwer planen lassen. Wie begründet das MELUR seine Annahmen im einzelnen?

Antwort Landesregierung:

Die finanziellen Auswirkungen aufgrund der behördlichen Umstrukturierungen im Geschäftsbereich des MELUR sind insgesamt rückläufig. Das Ist 2012 wird sich an dem Ist 2011 orientieren. Von daher wurde der Ansatz beim Trennungsgeld und der Umzugskostenvergütung in Höhe von 100 T€ auf 60 T€ reduziert und somit dem aktuellen Bedarf angepasst.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	13
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	52601
Zweckbestimmung:	Gerichts- und ähnliche Kosten

Ansatz Ist 2011:	45.000 EUR
Ansatz Soll 2012:	73.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	198.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Das MELUR sieht vor, dass Gerichts- und ähnliche Kosten von 73 tsd Euro 2012 auf 198 tsd Euro im Jahre 2013 steigen werden. Da die tatsächlichen Entwicklungen in diesem Bereich grundsätzlich nur sehr begrenzt planbar sind, fragen wir das MELUR, worauf sich diese Annahmen stützen? Sind bereits Verfahren anhängig, anhand derer sich die erhöhten Aufwendungen darstellen lassen? Bezieht sich das MELUR etwa auf die tatsächlichen Zahlen aus dem Jahre 2012? Wie lässt sich der erhebliche Zuwachs für 2013 gegenüber den Vorjahren erklären?

Antwort Landesregierung:

Die Erhöhung der Gerichtskosten in 2013 gegenüber 2012 ergibt sich aus der Neustrukturierung der Ressorts.

Eingeplant sind für den Bereich der Energiewende und insbesondere für die Planfeststellungsverfahren 60 T€.

Zusätzlich zeichnen sich zwei konkrete Verfahren ab; ein Verfahren im Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume ist mit 25 T€ und ein Verfahren in der Abteilung 7 (Reaktorsicherheit und Strahlenschutz) ist mit 40 T€ berücksichtigt.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	13
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	52699
Zweckbestimmung:	Kosten für Sachverständige, Gutachten und Ähnliches

Ansatz Ist 2011:	26.000 EUR
Ansatz Soll 2012:	60.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	100.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Das MELUR sieht vor, dass Kosten für Sachverständige, Gutachten und Ähnliches von 60,0 tsd Euro in 2012 auf 100 tsd Euro im Jahre 2013 steigen werden. Sind bereits Gutachten in Arbeit oder Sachverständige beauftragt, anhand derer sich die erhöhten Aufwendungen darstellen lassen? Wie kommt der deutliche Zuwachs im einzelnen zustande?

Antwort Landesregierung:

Bei den Gutachtenmitteln ist in den neuen Zuständigkeitsbereichen Energiewende und Reaktorsicherheit und Strahlenschutz, die im Zuge der Regierungsneubildung ins MELUR gewechselt sind, mit Mehrbedarf zu rechnen.

Sachverständige oder Gutachten, die bereits in Auftrag gegeben sind, aber erst in 2013 Kosten verursachen, existieren nicht.

Die Entscheidung über die Durchführung von Gutachten obliegt im MELUR dem Staatssekretär und der Staatssekretärin und wird erst im laufenden Haushaltsjahr endgültig getroffen.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	13
Seite:	
Kapitel:	13
Titel:	09905
Zweckbestimmung:	Einnahmen aus der Oberflächenwasserabgabe

Ansatz Ist 2011:	0 EUR
Ansatz Soll 2012:	8.020.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	8.020.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Wieso gibt es eine „Bindung“ an 18 Mio. ♂?

Welche Rechnung liegt dem zugrunde, dass sich genau dieser Wert ergibt?

Antwort Landesregierung:

Mit der Einführung des OWAG wurden bis dahin aus Steuermitteln bezahlte Landesaufgaben durch den Einsatz von OWAG-Mitteln substituiert. Da die Wahrnehmung dieser gesetzlichen/vertraglichen Aufgaben nicht von der Verfügbarkeit von OWAG-Mitteln abhängig sein kann und darf, sieht der Landeshaushalt im Einzelplan 13 (Titel 1315 099 05) vor, dass bei „Mindereinnahmen Ausgaben im Rahmen der Zweckbestimmung bis zur Höhe von 18,0 Mio. € geleistet werden“ dürfen.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	13
Seite:	
Kapitel:	13
Titel:	68501
Zweckbestimmung:	Schutzgebietsbetreuung

Ansatz Ist 2011:	816.600 EUR
Ansatz Soll 2012:	900.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	900.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

In den Haushalt sind 900.000 Euro an Zuwendung für Vereine zum Zwecke der Schutzgebietsbetreuung eingestellt. Es gibt zwei Vereine, die mit 250.000 Euro oder mehr gefördert werden. Dazu gehören: Naturschutzbund Deutschland (NABU) Landesverband Schleswig-Holstein e.V. (280.000 Euro) und die Naturschutzgesellschaft Schutzstation Wattenmeer e.V. (250.000 Euro). Alle anderen Vereine erhalten weniger als 100.000 Euro. Davon liegt nur ein einziger über der Grenze von 50.000 Euro (Verein Jordsand zum Schutze der Seevögel und der Natur e.V., der 86.000 Euro erhält).

Nur Drei liegen im Grenzbereich zwischen 40 und 50 Tsd. Euro. Dies sind: Naturschutzgemeinschaft Sylt e.V. (50.000 Euro), der Landesjagdverband Schleswig-Holstein e.V. (48.000 Euro) sowie der Öömrang Ferian e. V. (40.000 Euro).

Die größte Gruppe liegt bei unter 10.000 Euro. Insgesamt sind es 23, die weniger als 10.000 Euro bekommen.

Dazu fragen wir: Wie kommt die deutliche Diskrepanz bei der Verteilung der Mittel für Vereine zustande? Für welche Zwecke sind die Mittel derjenigen, die gegenüber der gesamten Gruppe überproportional gefördert werden (Naturschutzbund Deutschland Landesverband Schleswig-Holstein e.V., Naturschutzgesellschaft Schutzstation Wattenmeer e.V., Verein Jordsand zum Schutze der Seevögel und der Natur e.V.) vorgesehen? Nach welchen Auswahlkriterien wird die Höhe der Zuwendung bemessen?

Antwort Landesregierung:

Die Förderung der Betreuung von Schutzgebieten richtet sich nach der Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen der Betreuung geschützter Gebiete (Bekanntmachung des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein vom 8. Februar 2011 – V 522-5326.11- 4).

Die Verteilung der Mittel richtet sich nach den in der Förder-Richtlinie dargestellten förderfähigen Kosten und ist schutzgebietsbezogen.

Die angeführten Naturschutz- und Umweltvereine erhalten diese augenscheinlich höheren Zuwendungen, weil sie auch entsprechend viele Schutzgebiete betreuen bzw. die Schutzstation Wattenmeer den Nationalpark, das mit Abstand flächenmäßig größte Schutzgebiet in SH betreut. Die Auswahlkriterien und die Höhe der Zuwendung richten sich nach der bereits angeführten Förder-Richtlinie und sind daher für alle gleich.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	13
Seite:	
Kapitel:	15
Titel:	63204
Zweckbestimmung:	Erstattung von Verwaltungskosten für Personal der Küstenländer im Havariekommando

Ansatz Ist 2011:	156.600 EUR
Ansatz Soll 2012:	196.200 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	166.900 EUR

Frage/Sachverhalt:

Für die Erstattung von Verwaltungskosten für Personal der Küstenländer im Havariekommando werden 166.900 Euro (für 2013) in den Landeshaushalt eingestellt. In der Erläuterung heißt es, dass sich die Personal- und Sachkosten in 2013 auf 658.000 Euro belaufen, wovon auf Schleswig-Holstein 30 v. H. = 197.400 Euro entfallen. Zwischen dem im Haushalt eingestellten und dem in der Erläuterung ausgewiesenen Betrag besteht somit eine Deckungslücke von 30.500 Euro. Wie erklärt sich diese Lücke, bzw. wo im Haushalt ist der unter Einzelplan 13 15 / 632 04 331 auftretende Fehlbetrag in Höhe von 30.500 Euro ausgewiesen?

Antwort Landesregierung:

Der Fehlbetrag in Höhe von 30.500 € ist in der MG 04 bei dem Verrechnungstitel 1315 - 981 04 ausgewiesen, da der Schleswig-Holsteinische Anteil der Kosten für die Spezialarbeitsplätze im Maritimen Sicherheitszentrum vom Innenministerium verauslagt wird. Der auf das MELUR entfallende Anteil von 30.500 € ist dem IM per Verrechnung zu erstatten.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	13
Seite:	
Kapitel:	18
Titel:	12201
Zweckbestimmung:	Feldes- und Förderabgaben für Erdöl und sonstige Bodenschätze

Ansatz Ist 2011:	120.968.300 EUR
Ansatz Soll 2012:	80.000.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	128.000.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Mit welcher konkreten Datengrundlage wird eine Erhöhung von mehr als 50% veranschlagt?

Antwort Landesregierung:

Ausgehend von den Ist-Einnahmen 2011 wurde der Ansatz 2013 auf 128,0 Mio. € heraufgesetzt. Dabei wurde ein 10%iger jährlicher Förderrückgang einkalkuliert und der Abgabesatz von 18 % auf 21 % erhöht. Alle anderen Parameter wurden gleichbleibend unterstellt. Insbesondere wurde unterstellt, dass sich der Ölpreis / die Marktwerte nicht verändern und keine unternehmerische Reaktion erfolgt und dass auch keine Besonderheiten aus den tatsächlichen Gegebenheiten der Lagerstätte entstehen, die zu einem Rückgang der Einnahmen führen können.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	13
Seite:	
Kapitel:	18
Titel:	53501
Zweckbestimmung:	Maßnahmen zur Umweltbildung

Ansatz Ist 2011:	299.500 EUR
Ansatz Soll 2012:	138.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	160.700 EUR

Frage/Sachverhalt:

In Ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Piratenfraktion mit dem Titel „Katzenplage in Schleswig-Holstein“ (Drucksache 18/246) schreibt die Landesregierung, dass sie als ersten wichtigen Schritt für Anfang 2013 die Herausgabe eines Faltblattes vorsieht. Während im Haushalt explizit Mittel für die „Herstellung von Informationstafeln und einem Faltblatt zur ökol. Gestaltung des Außengeländes; Konzepterstellung“ ausgewiesen sind (Punkt 3.5), fehlen Angaben über ein entsprechendes Faltblatt zur Katzenproblematik.

Welche im Haushalt eingestellten Mittel decken die Kosten für das Informationsfaltblatt zur Katzenproblematik? Ist dieses etwa unter Punkt 3.3 mit erfasst?

Wir bitten die Landesregierung, diese Frage genauer zu erläutern, da dies aus der jetzigen Form des Haushaltsplans nicht genau ersichtlich ist.

Antwort Landesregierung:

Bei dem Titel 1318 53501, Maßnahmen zur Umweltbildung, handelt es sich um Sachkosten des Bildungszentrums für Natur, Umwelt und ländliche Räume (BNUR). Im Rahmen der Umweltbildungsarbeit des BNUR werden Mittel u.a. für die Herausgabe von Publikationen, der Herstellung von Informationstafeln und einem Faltblatt zur ökologischen Gestaltung des Außengeländes, einschließlich der Konzepterstellung veranschlagt.

Die geplante Herausgabe eines Faltblattes zur „Katzenplage in Schleswig-Holstein“ wird aus dem Titel 1301.00.53102 „Öffentlichkeitsarbeit“ finanziert.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	13
Seite:	
Kapitel:	18
Titel:	67105
Zweckbestimmung:	Verwaltungskostenerstattung an die Investitionsbank

Ansatz Ist 2011:	4.000 EUR
Ansatz Soll 2012:	20.000 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	20.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Bezug nehmend auf die Maßnahmengruppen 02 "Energetische und stoffliche Nutzung von Biomasse und nachwachsenden Rohstoffen", 03 "Kosten für diverse energiewirtschaftliche Maßnahmen", 05 "Energiewirtschaftliche Maßnahmen", "61 Planfeststellungsverfahren und Plangenehmigungsverfahren für die Errichtung von Energieleitungen" ergeben sich Haushaltsausgaben in Höhe von 1.530,4 tsd. Euro.

Sind dies die Gesamtausgaben, die die Landesregierung im Zuge der Energiewende plant?

Antwort Landesregierung:

Die Mittel sind veranschlagt für die Erstattung von Verwaltungskosten an die Energieagentur der Investitionsbank Schleswig-Holstein. Hintergrund ist die fachtechnische Unterstützung des Landesamtes für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume bei der Abwicklung von Biomasseprojekten nach der Fördermaßnahme „Biomasse und Energie“, wobei eine Abrechnung bezogen auf den Einzelfall erfolgt.

Bei den genannten Maßnahmengruppen handelt es sich um einen Teil der Ausgaben, die die Umsetzung der Energiewende unterstützen. Das Thema „Energie“ ist eine Querschnittsaufgabe und findet sich daher direkt oder indirekt in verschiedenen Facetten in vielen Einzelplänen bzw. Titeln des Landeshaushalts wieder.

Mit dem Erneuerbare Energiegesetz und der von der Bundesnetzagentur festgesetzten Eigenkapitalverzinsung für Netzbetreiber bestehen bereits erhebliche finanzielle Anreize zum Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Netze. Entscheidend für die Energiewende sind daher weniger zusätzliche Landesmittel in Schleswig-Holstein, sondern die Fortentwicklung des ordnungsrechtlichen Rahmens.

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2013

Einzelplan:	13
Seite:	
Kapitel:	18
Titel:	68607
Zweckbestimmung:	Projektförderung an Sonstige

Ansatz Ist 2011:	0 EUR
Ansatz Soll 2012:	0 EUR
Ansatz Soll HHE 2013:	60.000 EUR

Frage/Sachverhalt:

Frage: Für die Projektförderung im Bereich der Energieeffizienz/Energieeinsparung und Erneuerbare Energien sind 60.000 Euro in den Haushalt eingestellt worden. Dieser Titel taucht 2013 erstmalig im Haushalt auf. Um wen handelt es sich bei „Sonstige“? Gibt es bereits konkrete Projekte oder Maßnahmen, die gefördert werden sollen? Sofern noch keine konkreten Projekte benannt worden sind, wie kommt dann die Festlegung auf den Betrag von 60.000 Euro zustande? An welchen Projektmaßnahmen orientiert sich der neu eingestellte Titel, welche Annahmen stehen dahinter, und wie realitätstüchtig sind diese Annahmen?

Antwort Landesregierung:

Mit dem Wechsel der Zuständigkeit für die Energiepolitik vom Wirtschaftsressort ins Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume ist dieser Titel vom Einzelplan 06 in den Einzelplan 13 übergegangen. Gefördert werden sollen kleinteilige nichtinvestive Maßnahmen im Bereich Energieeffizienz/Energieeinsparung und Erneuerbare Energien. Bisher wurden beispielsweise jährliche Tranchen der „Landesinitiative Wärmeschutz“ der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen, Kiel, in Form der Herausgabe von Info-Blättern, Broschüren, Ausstattung von Info-Ständen auf Messen und Ausstellungen, z.B. der nordbau und ähnliches gefördert. Fördergegenstand waren auch kleinteilige Ergänzungen zu EU-Projekten.